
Stenographisches Protokoll

127. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 14. Dezember 1989

Stenographisches Protokoll

127. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 14. Dezember 1989

Tagesordnung

1. Bericht über den Antrag 312/A der Abgeordneten Dr. Cap, Dr. Taus und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Parteiengesetz geändert wird
2. Erste Lesung des Antrages 289/A der Abgeordneten Smolle und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 685/1988, geändert wird
3. Erste Lesung des Antrages 290/A der Abgeordneten Smolle und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 27. November 1970 über die Wahl des Nationalrates (Nationalrats-Wahlordnung 1971), BGBl. Nr. 391/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 19/1988, geändert wird

Inhalt

Personalien

Verhinderungen (S. 15011)

Ordnungsruf (S. 15016)

Geschäftsbehandlung

Antrag des Abgeordneten Dr. Frischenschlager, den Antrag 312/A der Abgeordneten Dr. Cap, Dr. Taus und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Parteiengesetz geändert wird (1165 d. B.) nochmals an den Verfassungsausschuß zu verweisen (S. 15016) — Ablehnung (S. 15031)

Verlesung der vorgesehenen Fassung des Amtlichen Protokolls zu Punkt 1 dieser Sitzung durch den Präsidenten Dr. Marga Hubinek (S. 15036) — Genehmigung des verlesenen Teiles des Amtlichen Protokolls (S. 15036)

Tatsächliche Berichtigung

Ing. Ressel (S. 15021)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 15036)

Verhandlungen

- (1) Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 312/A der Abgeordneten Dr. Cap, Dr. Taus und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Parteiengesetz geändert wird (1165 d. B.)

Berichterstatter: Piller (S. 15011)

Redner:

Dr. Frischenschlager (S. 15011),
 Dr. Cap (S. 15016),
 Helga Erlinger (S. 15019),
 Ing. Ressel (S. 15021) (tatsächliche Berichtigung),
 Dr. Taus (S. 15021),
 Dr. Gugerbauer (S. 15024),
 Dr. Fischer (S. 15027) und
 Smolle (S. 15030)

Annahme (S. 15031)

Gemeinsame Beratung über

- (2) Erste Lesung des Antrages 289/A der Abgeordneten Smolle und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 685/1988, geändert wird
- (3) Erste Lesung des Antrages 290/A der Abgeordneten Smolle und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 27. November 1970 über die Wahl des Nationalrates (Nationalrats-Wahlordnung 1971), BGBl. Nr. 391/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 19/1988, geändert wird

Redner:

Smolle (S. 15032) und
 Dr. Khol (S. 15035)

Zuweisung der beiden Anträge (S. 15036)

Eingebracht wurden

Anfragebeantwortungen

der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Müller und Genossen (4317/AB zu 4368/J)

15010

Nationalrat XVII. GP — 127. Sitzung — 14. Dezember 1989

der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie auf die Anfrage der Abgeordneten Buchner und Genossen (4318/AB zu 4375/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Buchner und Genossen (4319/AB zu 4374/J)

des Bundesministers für Gesundheit und öffentlichen Dienst auf die Anfrage der Abgeordneten Holda Harrich und Genossen (4320/AB zu 4386/J)

Beginn der Sitzung: 20 Uhr 50 Minuten

Vorsitzende: Präsident **Pöder**, Zweiter Präsident Dr. Marga **Hubinek**.

Präsident Dr. Marga **Hubinek**: Die Sitzung ist eröffnet.

Die nicht am Schluß der 125. Sitzung vom 13. Dezember 1989 verlesenen Teile des Amtlichen Protokolls dieser Sitzung sind in der Parliamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Verhindert sind die Abgeordneten Verzetnitsch, Dr. Helga Hieden-Sommer, Dr. Helga Rabl-Stadler, Dr. Neisser, Kurt Bergmann und Dr. Stix.

Einlauf

Präsident Dr. Marga **Hubinek**: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 4317/AB bis 4320/AB eingelangt sind.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident Dr. Marga **Hubinek**: Es ist vorgeschlagen, die Debatte über die Punkte 2 und 3 der heutigen Tagesordnung zusammenzufassen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 312/A der Abgeordneten Dr. Cap, Dr. Taus und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Parteiengesetz geändert wird (1165 der Beilagen)

Präsident Dr. Marga **Hubinek**: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Antrag 312/A betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Parteiengesetz geändert wird.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Piller. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Piller**: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Die Abgeordneten Dr. Cap, Dr. Taus und Genossen haben den gegenständlichen Initiativantrag, der den Entwurf einer Änderung des Parteiengesetzes beinhaltet, im Nationalrat am 29. November 1989 eingebracht.

Der Verfassungsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung am 6. Dezember 1989 in Verhandlung gezogen. Nach eingehender Diskussion hat der Ausschuß mehrstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Frau Präsidentin, für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte fortzusetzen.

Präsident Dr. Marga **Hubinek**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Frischenschlager.

20.53

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager** (FPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Zu später Stunde — es ist fast 21 Uhr — soll nach einem Plan der beiden Regierungsparteien mit diesem Antrag von Dr. Cap und Dr. Taus die Parteienfinanzierung in Österreich auf eine qualitativ neue Ebene gestellt werden, gesetzlich geändert werden, was de facto dazu führt, daß die Parteienförderung — zumindest in Wahlkampfjahren — um rund 100 Millionen Schilling erhöht und damit verdoppelt werden soll, und zwar für Wahlkampfkostenersatz. Das mit einer Begründung, die folgendermaßen lautet:

„Das österreichische Parteienrecht unterscheidet sich jedoch von jenem der meisten anderen Demokratien darin, daß ein derartiger Förderungsbeitrag lediglich zu den kontinuierlichen Kosten der politischen Parteien gewährt wird, nicht jedoch zu den Kosten der Wahlwerbung, die erfahrungsgemäß für politische Parteien in besonderem Maße finanziell belastend sind.“

Mit dieser Begründung wollen die Regierungsparteien diese Wahlkampfkostenersatzung nun gesetzlich verankern und eröffnen, dieselben Parteien — daran möchte ich erinnern —, die zu Beginn dieser Legislaturperiode — zum Nachteil der Oppositionsparteien — die Parteienförderung ganz massiv um Millionen Schilling eingeschränkt haben und damit zumindest die freiheitliche Opposition für ihren Wahlerfolg bestrafen wollten.

Meine Damen und Herren! In der Begründung dieses Antrages stimmt der letzte Satzteil, daß Wahlkämpfe für alle Parteien „finanziell belastend sind“, was jedoch nicht stimmt, ist, daß nach dem derzeitigen Parteiengesetz Wahlkampfkosten nicht gefördert würden. Ganz im Gegenteil: Das Parteiengesetz, § 2 Abs. 1, spricht von Öffentlichkeitsarbeit. In allen Berichten der Parteien werden natürlich Wahlkampfkostenanteile unter diesem Titel „Öffentlichkeitsarbeit“ zu subsumieren sein.

15012

Nationalrat XVII. GP — 127. Sitzung — 14. Dezember 1989

Dr. Frischenschlager

Meine Damen und Herren! Parteienfinanzierung ist natürlich eine höchst sensible Angelegenheit, Wahlkampfkostenersatz ist etwas noch Sensibleres. Es muß uns klar sein, daß dies ein Thema ist, das den Bürger höchst emotional berührt, weil er mit Wahlkampf, Wahlkampfkosten sehr leicht Verschleuderung von Geld verbindet, Materialschlachten, die ihm zum Hals heraushängen. Und gerade deshalb sollten wir bei der Wahlkampfkostenerstattung ganz besonders sensibel sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die Freiheitliche Partei bekennt sich dazu, daß in der Parteiendemokratie öffentliche Mittel für die politische Willensbildung durch Parteien herangezogen werden, zugleich sind wir aber der Auffassung, daß wir sehr, sehr vorsichtig vorgehen müssen, wenn wir als Gesetzgeber beziehungsweise als parlamentarische Fraktionen Steuermittel für diesen Zweck heranziehen. Wir meinen, es ist nicht nur wichtig, daß diese Mittel, die der Steuerzahler für die Parteienarbeit zur Verfügung stellt, transparent gehandhabt werden müssen, sondern wir glauben vielmehr, daß die politische Willensbildung über diese Parteienfinanzierungsgesetze transparent verlaufen muß.

Und folgendes, meine sehr geehrten Damen und Herren von den Regierungsparteien, möchte ich in Erinnerung rufen: Die Zeiten sind vorbei, in denen man klammheimlich, ruck, zuck, zu später Stunde eines Plenumstages die Parteienfinanzen so über den parlamentarischen Tisch ziehen konnte! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Uns muß klar sein, daß diese gewählte Vorgangsweise eine Zumutung für den Bürger ist, sie ist unakzeptabel für die politische Öffentlichkeit, sie fördert das Mißtrauen gegenüber den Parteien und fördert den Vorwurf, daß wir uns als Entscheidende am Steuertopf selbst bedienen.

Ich glaube, daß wir vorsichtig sein müssen, und deshalb verurteile ich die Vorgangsweise, wie sich die Fraktionen der Regierungsparteien dabei verhalten haben.

Aber offensichtlich ist es so, daß die Parteien, die die Regierung tragen, sehr bald wählen wollen, sie stehen vor leeren Parteikassen, und deshalb glaubt man, sich geradezu fluchtartig eines Gesetzesbeschlusses versichern zu müssen, in Anbetracht dieser finanziellen Notlage, die sicherlich alle Parteien — in unterschiedlicher Form — trifft. Jedenfalls ist das eine Vorgangsweise, die die Öffentlichkeit gegen die Parteien aufbringen muß. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Elm e c k e r: Aber nehmen tut ihr das Geld schon!)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen folgendes nachvollziehen: Am 29. November dieses Jahres, vor rund 14 Tagen, haben die Abge-

ordneten Taus und Cap diesen Antrag eingebracht; de facto haben ihn die Fraktionen vier Tage später, am 4. Dezember — an einem Montag —, vorgefunden. Es hat dann „zufälligerweise“ bereits am 6. Dezember eine Sitzung des Verfassungsausschusses gegeben, und auf dessen Tagesordnung hat man im Nachtrag diesen Antrag zum Parteiengesetz gestellt. *(Abg. Elm e c k e r: Aber ihr nehmt das Geld schon, oder?)* Kollege Elm e c k e r, dazu komme ich schon noch.

Da man in diesem Ausschuß nicht bereit war, in die Sache einzusteigen — es gab nur den Hinweis, daß es ohnehin Parteiengespräche gegeben hat, ohne daß man auf die höchst sensible Materie inhaltlich eingehen konnte, ohne daß es möglich war, zum Beispiel einen Unterausschuß einzusetzen —, hat die große Koalition diesen Beschluß gefaßt. Nun, wenige Tage später, sollen wir heute, nachdem dieser Tagesordnungspunkt ursprünglich am Mittwoch hätte dran sein sollen, dann ist er auf Freitag verschoben worden, und nun ist er letzten Endes auf den Donnerstagabend gefallen. . . . *(Zwischenruf des Abg. Dr. F i s c h e r.)* Ganz richtig, Kollege Fischer, es war wunderbar, so etwas habe ich noch nie erlebt: Ein Tagesordnungspunkt, der ursprünglich am Mittwoch auf der Tagesordnung stand, ist dann schließlich auf der Tagesordnung vom Freitag und dann auf der vom Donnerstag gelandet.

Welchen Sinn das haben soll, weiß ich nicht, aber festzuhalten ist, daß wir ohne anständige parlamentarische Verhandlung dieser sensiblen Materie heute im Ruck-zuck-Verfahren diesen Antrag beschließen sollen.

Und nun, Kollege Elm e c k e r, zu Ihrem Verdachtsmoment, wir würden doch heute hier die politische Verantwortung nicht tragen, aber das Geld nehmen wollen. Das haben sich die Regierungsfractionen auch ganz gut ausgedacht, wie man vorgeht, um uns nach Möglichkeit in dieser Frage mundtot zu machen. *(Abg. K ö c k: Nehmt ihr's oder nehmt ihr's nicht?)*

Aber zunächst einmal möchte ich darauf eingehen, was Kollege Cap im Verfassungsausschuß gesagt hat, als ich mich gegen diese Vorgangsweise und gegen den Inhalt des Antrags gestellt habe. Da hat er eingewendet, das wäre ja abgesprochen gewesen. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Kollege Cap, es ist richtig, es hat vor rund einem Monat erste Gespräche gegeben, geführt von unserem Klubobmann, es war aber von Haus aus klar junktimiert, daß Wahlkampfkostenerstattung nur mit einer sehr strikten Wahlkampfkostenbeschränkung verknüpfbar ist!

Es ist für uns heute wie damals unzumutbar, daß man der Öffentlichkeit zumutet, daß sie

Dr. Frischenschlager

Wahlkampfkosten mit Steuermitteln finanziert, und nicht zugleich in aller Schärfe festlegt, daß das kein Gießen in ein Faß ohne Boden ist. Es muß ganz klar sein, daß Wahlkampfkostenerstattung nur mit einer sehr, sehr harten Wahlkampf-kostenbeschränkung denkbar ist. Anders können wir nicht vor den Bürger treten. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Steidl: Sagen Sie das Ihrer steirischen Landesorganisation!)*

Kollege Steidl! Da haben Sie sehr recht, aber da müssen Sie die ganze Geschichte kennen! Wenn eine Partei mit der regierenden Landeshauptmann-Partei eine Parteienvereinbarung hat, die dann die regierende Partei bricht und wo sie dann Millionen an zugesagter Förderung entzieht, dann kommt eine kleine Partei in Schwierigkeiten. Genau das ist ja einer der Punkte, die wir diskutieren sollten: die Vorgangsweise der steirischen ÖVP! *(Zwischenruf bei der FPÖ.)* Lassen Sie das Beispiel, Kollege Steidl, das ist ein schlechtes, ein demokratieabträgliches, das kann ich Ihnen nur sagen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Wir werden noch darüber debattieren, wie es zu dieser steirischen Situation kam und wie die politische Verantwortung war. *(Abg. Schwarzenberger: Tatsache ist, daß sie konkursreif ist!)* Ja, vielleicht, vielleicht. Durch politische Willkür der mächtigsten Partei in der Steiermark, einer Partei, die in ihre Zeitung innerhalb von fünf Jahren 350 Millionen gesteckt hat und dann diese Partei-zeitung trotzdem einstellen mußte. Das ist die Wahrheit! Das sind die Zustände in der Steiermark! Und das sind die Folgen, die daraus entstehen! *(Beifall bei der FPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Khol: Und wie ist das mit der Steuer?)*

Nachdem ursprünglich der Klubobmann Gugerbauer im Gespräch mit anderen Klubobleuten und Generalsekretären gesagt hatte, diesen Gedanken werde man erörtern, aber in Verbindung mit einer sehr stringenten, harten Wahlkampfkostenbeschränkung, war dann Pause. Dann war nichts. Es wurde zugesagt, daß sich die Generalsekretäre, die Zentralsekretäre der Parteien zusammensetzen.

Wann ist das nun tatsächlich geschehen, Herr Kollege Cap? — An dem Tag, an dem Ihre Regierungsparteien diesen Punkt der Wahlkampfkostenerstattung auf die Nachtragstagesordnung des Verfassungsausschusses am Vormittag gesetzt haben, haben Sie zu Mittag das Gespräch mit unseren Generalsekretären gehabt, und da muß ich festhalten, daß das nicht als ernsthaftes Gespräch zu werten ist, daß das in die Nähe des Pflanz rückt. *(Abg. Karas: Das traut er sich gegen die Schmidt zu sagen!)*

Fest steht, daß es nicht möglich ist, Wahlkampfkosten zu erstatten, durch Gesetz mit Steuermitteln zu finanzieren, ohne daß wir im glei-

chen Atemzug der Öffentlichkeit signalisieren, daß das keine endlose Finanzierung von Materialschlachten ist, die dem Bürger zum Hals heraushängen. Das wissen wir doch alle miteinander. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich sage das deshalb so deutlich, weil sich, nachdem bekanntgeworden ist, daß sich die Freiheitliche Partei gegen diese Vorgangsweise verwahrt, nachdem klar war, daß wir da nicht mittun, zumindest ein Generalsekretär, nämlich der der ÖVP, wenigstens heute mit einem windigen Pressedienst an die Öffentlichkeit gewandt hat. *(Abg. Dr. Khol: „Windig“? — Abg. Schwarzenberger: Was heißt das?)* Ja, windig! Das heißt zum Beispiel, Kollege Schwarzenberger, daß die Wahlkampfkosten, die Wahlmittel der sechs Wochen vor dem Wahltag erfaßt werden, wie es Kukacka vorschlägt. Eine reine Farce!

Es sind Ihre Regierungsparteien, die zurzeit ganzseitige Inserate — angeblich rund ein Jahr vor dem Wahltag, daran möchte ich nur erinnern —, ganzseitige oder doppelseitige Inserate einschalten: Vranitzky, Riegler und andere. *(Abg. Mag. Haupt: Flemming!)* Kampagnen, die jetzt — angeblich ein Jahr vor dem Wahlkampf — zig Millionen kosten müssen, das wissen Sie ganz genau! Und dann wollen Sie Wahlkampfkostenbeschränkung uns hier auf den Tisch legen, wo die letzten sechs Wochen erfaßt werden? Das ist eine Farce! *(Zwischenruf des Abg. Dr. Steidl.)* Das ist eine Farce, Kollege Steidl, das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Ein derartiger Vorschlag des Generalsekretärs Kukacka ist nicht ernst zu nehmen, es ist eine Alibi-handlung und zeigt genau, in welchem Sinne diese ganze Kampagne geführt werden soll und wie diese Beschlußfassung gebastelt werden soll. *(Abg. Schwarzenberger: Die Hubschrauberflüge von Haider sind auch nicht billig!)*

Ich halte fest: Sie haben eine Vorgangsweise gewählt, die darauf abzielt, eigentlich fernab der Öffentlichkeit diesen Gesetzesbeschluß zu fassen. Sie machen scheinbare Zusagen in Richtung Wahlkampfkostenbeschränkung im Pressedienst am selben Tag, an dem wir das hier im Hohen Haus beschließen sollen.

Und jetzt, Kollege Elmecker, erwarten Sie sich natürlich auch folgendes: Na, das ist eine Situation, wo die Oppositionsparteien in eine ganz schön unangenehme Lage kommen. Warum? Sie machen nämlich hier eine ganz schöne Zwickmühle auf!

Sie sagen, nachdem Sie das durch einen Monat eher heimlich und eher überstürzt hier durch das Parlament ziehen wollten: Wir werden schauen, ob sich zum Beispiel die Freiheitlichen das abzulehnen trauen, weil dann ja der Vorwurf kommen

15014

Nationalrat XVII. GP — 127. Sitzung — 14. Dezember 1989

Dr. Frischenschlager

kann: Ja aber nehmen tun s' das Geld schon! Sie wollen uns damit mundtot machen, Kollege Elmecker! Das ist völlig klar.

Sie haben sich ein feines System ausgedacht bei diesem Antrag, Kollege Taus und Kollege Cap. (*Abg. Köck: Nehmt ihr's oder nicht?*) Sie haben sich gedacht, Sie machen das folgendermaßen:

Entweder stimmen die Freiheitlichen — ich weiß nicht, was die Grünen tun werden — zu, dann heißt es: Mitgefangen, mitgehungen! Die Öffentlichkeit wird sich aufregen, sie wird es uns vorwerfen, wird aber sagen: Es waren ja eh alle einer Meinung, sind eh alle gleich. Sie hoffen, damit drüber hinwegzukommen. — Das ist die eine Möglichkeit.

Eine zweite Möglichkeit gibt es natürlich auch: Die Freiheitliche Partei lehnt ab. Dann kann man natürlich mit entsprechendem Gezeter, das Sie hier ankündigen, sagen: Aber nehmen tun sie es womöglich doch! Nehmen tun sie es vielleicht doch, unter Umständen auch deshalb, damit eine Wettbewerbsverzerrung zwischen den Parteien nicht so stattfindet, wie Sie es vorhaben! Ist ja ganz logisch, Sie beschließen es, die Freiheitlichen haben dagegen gestimmt, haben nicht die politische Verantwortung — wie Sie sagen werden — mitgetragen, aber sie nehmen es.

Ich sage Ihnen ganz klipp und klar: Das ist eine undemokratische, weil politisch erpresserische Vorgangsweise! (*Abg. Dr. Jolanda Offenbeck: Na, dann nehmen Sie's halt nicht!*)

Sie bedienen sich mit zig Millionen aus dem Steuertopf, aber Sie werden sich wundern, wenn die anderen, obwohl Gleichheits- und Gerechtigkeitsgründe dafür sprechen, das nicht tun! (*Ironische Heiterkeit bei SPÖ und ÖVP.*) Jetzt war das erleuchtende erleichternde Aha: Gott sei Dank, sie werden es nehmen!

Ich kann Ihnen eines sagen: Wir beschließen heute hier ein Gesetz oder Sie gegen unsere Stimmen, und ich werde . . . (*Abg. Dr. Kohl: Oh, ihr Scheinheiligen! Oh, ihr Hypokriten!*) Ja, das ist genau das Erpresserische, das Sie vorhaben! (*Abg. Dr. Blenk: Wer „Sie“?*) Das ist genau das Erpresserische — völlig klar, völlig klar! —: Sie bedienen sich aus dem Steuertopf mit 100 Millionen zur Wahlkampfkostenerstattung (*Abg. Dr. Blenk: Sie nicht? — Abg. Bayr: Sie auch!*) und wollen uns dadurch erpressen, daß Sie sich, wenn wir uns an diesem Theater nicht beteiligen, einen deutlichen Wahlkampfvoorteil verschaffen, und erwarten sich, daß wir auf diese Art und Weise dann schön eingebunden sind.

Ich sage Ihnen: Wir werden mit uns nicht auf diese Art und Weise verfahren lassen. Diese Freu-

de werden wir Ihnen nicht machen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich sage Ihnen noch etwas: Das, was Sie sich hier an Wahlkampfkosten aus den Steuermitteln erstatten, wird Ihnen gar nicht so viel einbringen, daß Sie diesen Schindluder mit Steuermitteln ausgleichen werden. (*Abg. Dr. Blenk: Sie werden es nicht tun?*)

Heute kommt am Schluß dieser Debatte . . . (*Abg. Dr. Blenk: Sie werden es also nicht tun? Darauf will ich eine Antwort! — Abg. Dr. Kohl: War das eine Verzichtserklärung? — Abg. Dr. Ofner: Nein, hat er gesagt! Das haben Sie nicht hören wollen!*) Ich habe Ihnen eine klare Antwort gegeben. Ja, selbstverständlich! Da haben Sie nicht zugehört.

Damit sich das noch verfeinert, haben Sie sich gedacht: Es könnte ja so sein, daß das Ganze ein Wahlkampfthema wird und sich womöglich nach dem Wahltag die Sache anders darstellt. Deshalb haben Sie eine Antragstellung eingebaut. Damit hier nicht die gesetzliche Förderung ipso jure eintritt, haben Sie gesagt: Das muß antragsabhängig gemacht werden. Da kann man zumindest dann die Oppositionsparteien oder die Freiheitliche Partei an die Kandare nehmen. Sie muß wenigstens zu Kreuze kriechen, um sich das Geld zu holen. Und so hat man sie mit da herinnen! (*Abg. Dr. Blenk: Das werden Sie ja nicht tun, hoffe ich!*)

Damit das aber nicht nach dem Wahltag passiert, ist den Kollegen Taus und Cap noch ein Abänderungsantrag eingefallen. Damit man das nicht zum Wahlkampfthema machen kann, haben sie sich ausgedacht, daß der Antrag acht Wochen vor der Wahl gestellt werden muß. Geschickt ausgedacht, um die Erpressungen ein bißchen zu verfeinern. (*Abg. Dr. Blenk: Historisch gesehen, hat sich die FPÖ noch nie geschaut, Geld zu nehmen!*)

Ich sage Ihnen noch einmal, daß diese Vorgangsweise hier im Parlament, aber auch der Inhalt der Vorlage der Demokratie in diesem Lande nicht gut tut, weil es der Bürger nicht akzeptieren wird, daß wir mit diesem Ruck-zuck-Verfahren diese Materie über den Tisch ziehen. Das wird nicht gehen! (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Ruhaltinger: Nehmt ihr's oder nicht? — Abg. Dr. König: Das ist die Frage! — Abg. Ruhaltinger: Kassiert ihr oder nicht?*) Ich habe Ihnen schon klar geantwortet: Wir nehmen es nicht! Aber Ihr hier zuvor erfolgter Aufschrei „Gott sei Dank, sie nehmen's! zeigt Ihre wirkliche demokratiepolitische Hinterfotzigkeit, weil Sie genau dieses erpresserische Moment hier einbringen wollten. Das ist die eigentlich skandalöse Vorgangsweise. (*Beifall bei der FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Roppert.*)

Dr. Frischenschlager

Völlig klar: Sie wollen, daß wir mithängen, daß Sie sagen können, die Freiheitlichen haben auch mitgestimmt, um nur ja diesen ungenden Eindruck, vor dem Sie sich fürchten, zu verwischen. Sonst hätten Sie nicht diese Vorgangsweise gewählt, Kollege Roppert! Sonst hätten Sie in aller Öffentlichkeit in einem Unterausschuß diese sensible Materie behandelt und nicht in diesem klammerheimlichen Verfahren mit Nachtragstagesordnung, mit Herumschieben an den Plenumstagen - möglichst rasch, damit es die Öffentlichkeit nicht wahrnimmt!

Sie scheuen sich, das zu machen. Ist doch die Wahrheit! Sonst wären Sie doch vor die Öffentlichkeit getreten und hätten gesagt: Wir brauchen dieses Geld, und demokratiepolitisch ist es gerechtfertigt. - Nein, Sie scheuen den Bürger. Das ist der Grund dieser Vorgangsweise. Die Opposition wollen Sie mit hineinpressen, damit die Opposition dieses Thema nicht in die politische Auseinandersetzung bringen kann und Sie wenigstens den Halm haben: Aber nehmen tun sie es doch! - Das ist nicht die feine Klinge! Das ist erpresserisch, und deswegen spreche ich das hier auch offen aus. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber nun zum Antrag selber, meine Damen und Herren! Ich habe schon gesagt: Natürlich ist es in einer parlamentarischen Demokratie, in einem Parteienstaat notwendig, daß öffentliche Mittel für die politische Arbeit der Parteien zur Verfügung stehen. Ich meine nur, daß die Wahlkampfkostenerstattung der schlechteste Ansatz dafür ist. Warum? - Das wissen wir alle, denn jeder von uns hat Wahlkämpfe geplant, durchgeführt et cetera. Wir wissen ganz genau, daß das die Ausgabe der Parteien ist, die der Bürger am wenigsten akzeptiert und der er am kritischsten gegenübersteht.

Deshalb, meine ich, sollten wir unsere Parteienförderung in die Bereiche leiten, wo es um die politische Auseinandersetzung in der Sache geht (*Abg. Elfriede Karl: Jetzt wird er besser!*), zum Beispiel bei der Ausstattung der Fraktionen, Frau Kollegin Karl! Da erfahren wir alle tagtäglich, wie schwierig politische Arbeit und Willensbildung zu machen sind. Wenn wir die Förderung dorthin tun, wo wir in einer kontinuierlichen sachlichen Öffentlichkeitsarbeit, in der politischen Bildungsarbeit Gelder brauchen, wird - da bin ich sicher - das Verständnis des Bürgers größer sein als für die Finanzierung der Wahlkampfmaterialsachten aus Steuermitteln. Das ist ein Faktum.

Deshalb meine ich, daß das der falsche Schritt ist, weil es der falsche Ansatz ist. Nicht die Wahlkampfkosten sollten erstattet werden, sondern es wäre wichtig, daß die anderen politischen Willensbildungsbereiche stärker gefördert werden. Dafür hätten wir auch das Verständnis des Bür-

gers zu erwarten. (*Neuerlicher Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Damit möchte ich zum Abschluß kommen. Unsere Kritik richtet sich darauf, daß Sie den Antrag, Kollege Taus, bei den Wahlkampfkosten ansetzen, nicht bei anderen Bereichen der politischen Arbeit der Parteien. Ein damit verbundener Vorwurf ist, wenn Sie schon den Weg über die Wahlkampfkostenerstattung gehen, daß Sie dann nicht zumindest im Parallelschritt eine massive gesetzliche Wahlkampfkostenbeschränkung setzen. Da gibt es ausländische Beispiele, die man heranziehen könnte. Das ist möglich.

Ich sage gleich: Natürlich ist es den politischen Kräften unbenommen, in dieser Auseinandersetzung eines Wahlkampfes die Rahmenbedingungen einer gesetzlichen Wahlkampfkostenerstellung zu überschreiten, aber sie müssen dann auf gesetzliche Mittel verzichten. Das ist durchaus eine gangbare Möglichkeit. Wer öffentliche Mittel, wer Steuermittel für den Wahlkampf in Anspruch nehmen will, soll sich wenigstens eine sehr, sehr harte Wahlkampfkostenbeschränkung durch das Gesetz gefallen lassen. Das ist unsere Auffassung. Wir meinen, es wäre sehr wichtig, daß das geschieht.

Ein zweiter Punkt: Die 6-Wochen-Frist - ich habe das kurz angedeutet - ist tatsächlich eine Farce. Wir wissen ganz genau: Wahlkämpfe entwickeln sich in einem Langzeit-, einem Vorwahlkampf und einem Intensivwahlkampf. Wir werden der Öffentlichkeit nicht erklären können, warum wir lediglich die Wahlkampfmittel der letzten sechs Wochen in eine allfällige Wahlkampfkostenbeschränkung aufnehmen, wie es Kukacka vorschlägt. Das ist zuwenig. Das sollten wir klar aussprechen.

Drittens: Es kann nicht nur so sein, wie wir es im jetzt gültigen Parteiengesetz haben, wo taxativ einige Wahlkampfmittel aufgezählt sind. Es geht darum, die Wahlkampfkosten wesentlich breiter zu erfassen. Da zählen Fixkosten dazu, die jede Partei hat. Es ist ja eine Wahlkampfmaschinerie, die eigentlich - wie die Wahlkämpfe leider jetzt schon durch Jahre hindurch gezeigt haben - dauernd strapaziert wird. Auch diese Fixkosten gehören hier mit hinein. Natürlich gehören alle organisatorischen Bereiche in einer Wahlkampfkostenbeschränkung auf Bundesebene erfaßt.

Natürlich - als letzter Punkt - braucht es für gesetzliche Mittel auch eine gesetzliche öffentliche Kontrolle. Auch da gibt es ausländische Beispiele, die heranzuziehen wir uns nicht zu scheuen brauchen. Eine Kontrolle durch unabhängige, aber öffentliche Organe und nicht nur durch Schiedsgerichte, die sich die Parteien ausmachen. Alle diese Möglichkeiten - Kollege Cap, ich

15016

Nationalrat XVII. GP - 127. Sitzung - 14. Dezember 1989

Dr. Frischenschlager

sehe, daß Sie den Kopf schütteln — könnte es geben, alle diese Dinge gehören aber zumindest erörtert. (*Zwischenruf des Abg. Dr. B l e n k.*)

Damit, Kollege Cap, zum Wesentlichen: Mag sein, daß ich in dem einen oder anderen Punkt irre. Es war aber jetzt bei dieser kommenden massiven Wahlkampfkostenerstattungs- und Parteienfinanzierungssache nicht möglich, das in einer sauberen Art und Weise zu erörtern. Ich meine, daß diese öffentliche Diskussion vor aller politischen Öffentlichkeit geführt werden muß. Es müssen unsere Argumente, warum wir öffentliche Mittel für Wahlkampfkostenerstattung heranziehen wollen, in der Öffentlichkeit auch standhalten. Wir sollen es eben nicht so klammheimlich durchziehen, wie es jetzt offensichtlich geplant ist.

Deshalb, meine Damen und Herren, stelle ich folgenden Antrag gemäß § 73 Abs. 3 Z. 2 des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrates:

Antrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Antrag 312/A der Abgeordneten Dr. Cap und Dr. Taus in der Fassung des Ausschußberichtes (1165 der Beilagen) ist zur weiteren Erörterung an den Verfassungsausschuß r ü c k z u v e r w e i s e n.

Ich glaube, wir sollten diese Materie sauber, demokratiepolitisch abgesichert, in aller Öffentlichkeit diskutieren. Ich meine, wir tun der Demokratie etwas Gutes, wenn wir diese Diskussion so führen und nicht anders. Alles andere würde dazu führen, daß wir das, was an Parteienverdrossenheit, das, was an Mißtrauen gegenüber den Parteien stark vorhanden ist, nur fördern. Das kann uns allen nicht guttun, und deshalb appelliere ich an Sie, diesem Rückverweisungsantrag zuzustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*) 21.20

Präsident: Für den Zuruf „Megäre“ an die Frau Abgeordnete Partik-Pablé erteile ich dem Abgeordneten Hofmann einen **O r d n u n g s r u f**. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Dr. Cap zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Und was ist mit Ihrer Entschuldigung? Sie haben gesagt, mir gebührt ein Ordnungsruf!*) Aus einem anderen Grund! Ich habe mich dafür nicht zu entschuldigen. (*Beifall bei der SPÖ und Beifall des Abg. Dr. König.*)

21.21

Abgeordneter Dr. Cap (SPÖ): Hohes Haus! Ich habe selten einen Abgeordneten erlebt, der sich wie Abgeordneter Frischenschlager hier herauf gewunden hat wie ein Wurm und der hier

von einer pharisäerhaften Argumentation in die andere pharisäerhafte Argumentation hineingetaumelt ist. Seine Zähne waren so lange bei dem Gedanken an das Geld, das hier beschlossen wird, so lange waren die Zähne bei dem Gedanken, was das für die FPÖ-Kassa bedeuten könnte! (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Das ist ja noch nichis Böses, wenn man lange Zähne kriegt!*)

Wenn Sie, Herr Abgeordneter Frischenschlager, sagen, hier wird klammheimlich etwas beschlossen, dann kann ich nur sagen: Die Frage dieser Kostenrückerstattung ist doch bitte Gegenstand der öffentlichen Diskussion schon seit Tagen und Wochen. Wenn Sie behaupten wollen, daß eine Titelzeile der „Kronen-Zeitung“ etwas ist, das klammheimlich ist, obwohl das 2 Millionen Leser registrieren können, dann gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder Sie lesen die „Kronen-Zeitung“ nicht — das spricht eher für Sie (*Heiterkeit — Abg. Schieder: Muig!*) — oder Sie wissen nicht, daß das damit natürlich für eine Öffentlichkeit bestimmt ist, die man absolut als öffentlich bezeichnen kann. — Punkt 1.

Zum weiteren Punkt: Wir haben hier in Wirklichkeit den Reflex des ertappten Diebes gehabt. Denn anfangs im Budgetausschuß waren nämlich alle vier dafür, sprich: Auch Sie waren dafür. (*Hörhörtrufe bei SPÖ und ÖVP.*) Damals nämlich waren eben Vater des Gedankens wiederum die langen Zähne, die Ihr Repräsentant bekommen hat bei dieser Summe, daß er sich gedacht hat, hier sollte man doch mitstimmen.

Ich will sagen, daß eigentlich sehr gute politische Gründe die Motivation dafür waren: Demokratie kostet etwas. Eine bestimmte Form der Parteiendemokratie kostet auch etwas. Man soll das hier politisch diskutieren. Sie haben es auch versucht. (*Abg. Dr. B l e n k: Da sind die Grünen ja noch Könige an Oppositionsgeist!*) Sie haben es auch versucht, indem Sie nämlich gesagt haben: Na, diskutieren wir doch einmal über die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten hier im Haus! — Das ist ein Punkt, wo wir uns sofort treffen. Wenn wir auf den Deutschen Bundestag schauen und uns ansehen, welche Arbeitsbedingungen die haben, welche Infrastruktur die haben, einen Rechtsexperten, ein Sekretariat und, und, und, unzählige Möglichkeiten, die die Chance geben, daß man als Abgeordneter wirklich ordentlich arbeiten kann, sage ich: In diesem Punkt haben Sie recht.

Aber das hilft noch lange nichts. Wahlkämpfe sind Wahlkämpfe. Wahlkämpfe haben die Aufgabe, daß die Parteien mit ihren Vorstellungen und Programmen an die Wähler herantreten, daß sie kommunizieren. (*Zwischenruf des Abg. Eigru-ber.*) In einer Mediengesellschaft kostet die Kommunikation mit den Wählern einfach Geld.

Dr. Cap

Ob das jetzt die Inserate sind, ob das die Plakate sind, ob das die Broschüren sind, das kostet Geld.

Wenn die Demokratie funktionieren soll, dann ist es immer noch am besten, wenn man weiß, woher dieses Geld kommt (*Beifall bei SPÖ und ÖVP*), und nicht so, daß man wochen- und monatelang zum Beispiel einen Dr. Haider immer wieder auffordern muß: Sagen Sie doch, woher haben Sie die Millionen für die Finanzierung Ihres Wahlkampfes in Kärnten gehabt! Woher denn? — Auch ein Wurm, schon der zweite Wurm jetzt aus Ihrer Partei! Wie er sich gewunden hat, hin und her, bis wir endlich erfahren haben, daß er irgendwo einen Gönner gehabt hat, der ihm seine Hubschraubereinsätze bezahlt hat!

Hubschraubereinsätze sind sündteuer. Ich rede jetzt gar nicht von den Umweltfolgen durch dieses Herumgewurle da in den Alpen, das er da auf sich genommen hat, aber das ist sündteuer.

Das ist immerhin bitte eine Form der Parteienfinanzierung, die natürlich auch noch Gegenleistungen fordert, Herr Abgeordneter Dr. Frischenschlager! (*Abg. Eigruber: Das ist halt euch nicht eingefallen!*) Denn ein Unternehmer, der einen Hubschrauber zur Verfügung stellt, wird das nicht aus reiner Lust und Tollerei machen, sondern wird sich erwarten, daß der Dr. Haider für ihn Gutes tut. (*Abg. Roppert: Man hat es ja erlebt!*) Was wir wissen wollen, ist ja nichts anderes als: Für wen muß er Gutes tun? Deswegen waren wir der Meinung, wir wollen hier Transparenz haben.

Hier ist meine Auffassung von einer funktionierenden Parteiendemokratie: Klare Quellenangabe! Das kostet uns etwas, das ist richtig, aber auch die Sponsoren setzen von der Steuer ab. Auch das kostet den Steuerzahler was, das soll man nicht vergessen. Immer wenn Sie da sind und den Heiligenschein da einmal kurz um sich leuchten lassen, immer gleich dazusagen, was die Alternativen sind, woher Sie das Geld nehmen wollen! (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Sparen!*) Wenn Sie es von den Sponsoren haben wollen, bitte, dann wissen Sie, auch in diesem Fall muß der Steuerzahler bezahlen.

Demokratie kostet etwas. Ich werde das jetzt immer wieder wiederholen, offensichtlich hat sich das bei Ihnen noch nicht herumgesprochen. Das sind sehr grundsätzliche Gedanken, die man hier mit der Funktionsweise des Parteienstaates in Verbindung bringen muß.

Sie sagen, es hätte hier eine Überrumpelungsstrategie gegeben. Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter Dr. Frischenschlager! Wieviel Zeit wollen Sie denn haben? In Wirklichkeit steckt doch dahinter etwas ganz anderes. Das habe ich vorhin schon

mit dem Reflex „ertappter Dieb“ anzusprechen versucht.

Sie haben nämlich dann zu reagieren begonnen — zuerst waren das die Grünen, das darf man nämlich nicht vergessen, um die ganze Dramaturgie dieses Sachverhaltes auch wirklich verstehen zu können —, als in den Zeitungen damit begonnen wurde, dieses Thema aufzuarbeiten.

Hier wäre noch gesondert Medienkritik als eigenes Kapitel anzubringen, denn man muß sich die Sprache zu Gemüte führen, wie die Zeitungen das aufgearbeitet haben, nämlich: „100 Mille und kein bißchen weise.“ Das ist so diese Ganovensprache, die hier verwendet wurde. Oder: „Das 100-Millionen-Ding.“ Wieder die Ganovensprache, mit der einfach versucht wird, hier im Unterbewußtsein unterschwellig zu suggerieren: Die Politiker, die Mächtigen, das sind in Wirklichkeit Gauner, die wollen sich da wieder etwas unter den Nagel reißen. Daher diese Begrifflichkeit. (*Abg. Dr. B len k: Opportunisten stehen voll auf diese Formulierungen!*) Man soll sich das auf der Zunge zergehen lassen und den demokratiepolitischen Effekt dieser Formulierungen bedenken. Aber das war jetzt ein gesondertes Kapitel. Jetzt wieder zu Ihnen zurück.

Sie haben sofort — wie mit zwei Fingern in der Steckdose — Angst bekommen. Bei „Sie“ schaue ich jetzt ein bißerl weiter rauf, denn das waren die Grünen in diesem Fall — nicht die Grünen, die hier sitzen, sondern die Grünen, die draußen sitzen, die anderen Grünen sozusagen, in der Gestalt des Herrn Voggenhuber und anderer —, die den ersten Rückpfeiff veranstaltet haben, weil auch der Vertreter der Grünen im Budgetausschuß dafür war.

Jetzt sage ich Ihnen von der FPÖ folgendes: Dann war bei Ihnen der Effekt, Sie hätten ganz gern, aber es darf nicht eine gute Oppositionspartei und eine böse Oppositionspartei geben, daher tapp, tapp, tapp, und Sie waren schon wieder dabei und haben dann irgendwelche Argumentationen erfunden, um die Kurve zu kratzen, denn schließlich waren Sie ja ursprünglich dafür. Diese Kurvenkratzer-Argumentation haben Sie heute in Ihrer verwurmt Darstellung hier im Parlament klarzumachen versucht. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) Das ist in Wirklichkeit die Dramaturgie.

Sie sprechen hier von „Pflanz“ und Wahlkampfkostenbeschränkung und so weiter. Ich bitte Sie, das ist doch auch nicht das erste Mal. Wir haben doch schon 1986 eine Wahlkampfkostenbeschränkung gehabt. (*Abg. Dr. Frischenschlager: Und was war?*) Wir haben es schon vorher gehabt: 1983. Die Schiedsrichter sind nichts Neues.

15018

Nationalrat XVII. GP – 127. Sitzung – 14. Dezember 1989

Dr. Cap

Sie kennen — ich sage das, weil Sie Transparenz erwähnt haben — das Parteiengesetz. Dort steht im § 4:

Punkt 1: „Die politischen Parteien haben über die widmungsgemäße Verwendung der Zuwendungen genau Aufzeichnungen zu führen.“

Punkt 2: „Diese Aufzeichnungen und alle dazugehörigen Unterlagen sind von zwei beeideten Wirtschaftsprüfern jährlich zu prüfen. Das Ergebnis dieser Prüfung ist im ‚Amtsblatt der Wiener Zeitung‘ zu veröffentlichen.“ Dann stehen noch genau drinnen die Einnahmenarten, die Ausgabenarten. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Erzählen Sie mir doch nicht, daß das mit Transparenz nichts zu tun hat! Sie kennen in Wirklichkeit die Wahlkampfübereinkommen, die es immer wieder in gewissen Perioden gibt. Tun Sie doch nicht so, als müßten wir die Welt neu erfinden in diesem Bereich! Das ist doch einfach lächerlich.

Sie hätten sich darauf auch vorbereiten können. Wir haben Sie eingeladen. Es wurde ein Brief an Klubobmann Gugerbauer gesendet, mit dem Ganzen. Es wurde ein Brief an Klubobmann Wabl gesendet, mit dem Übereinkommen. Wir haben im Artikel I, direkt auf Sie eingehend, Ihnen noch einmal ein Angebot gemacht, daß Sie hier wirklich noch in dieses Übereinkommen einsteigen können, damit es hier zu einer glaubwürdigen Zusammenarbeit aller vier Parteien in dieser Frage kommt. Sie haben nicht einmal geantwortet auf diese Briefe, weder die einen noch die anderen haben auf diese Briefe geantwortet. Warum nicht?

Zum Reflex „ertappter Dieb“ kommt noch etwas hinzu: Sie glauben, daraus eine Oppositionswahlkampfstrategie machen zu können, ohne Rücksicht auf die demokratiepolitischen Effekte zu nehmen, ohne Rücksicht auch darauf zu nehmen, was das für ein Funktionieren der Parteien in einer parlamentarischen Demokratie bedeutet, und ohne hier auch klar zu dieser Finanzierungsfrage überhaupt Stellung zu beziehen.

Ich erinnere mich, es hat unzählige Zwischenrufe geben müssen, bevor Sie endlich gesagt haben, nein, Sie wollen es nicht nehmen. Dieses „Nein, Sie wollen es nicht nehmen“ haben Sie natürlich im Bewußtsein des Abänderungsantrages gemacht. Nichts ist in Wirklichkeit unfehlbar, auch unsere Anträge sind es nicht. Wir haben natürlich den Wunsch gehabt, sie ein wenig zu verbessern in diesem Fall (*Abg. Dr. Dillersberger: Das ist jetzt Zynismus!*), und wir haben uns gedacht: Lassen wir doch Ihrer Strategie nicht freien Raum, daß Sie hier ablehnen und nach dem Wahltag, wo es dann egal ist, wo dann der Wähler nicht mehr verschreckt wird, anklopfen

bei der Kassa und sagen: Hoppla, da sind wir, es hat bei uns einen plötzlichen Umschwung im Vorstand gegeben, der Kassier hat gemeint, wir sollten vielleicht doch, denn der Wahlkampf war teuer. — Nein! Das sollen Sie, bitte, vor der Wahl machen.

Offensichtlich haben Sie jetzt im Sinne Ihrer Sponsoring-Möglichkeiten nein gesagt. Das ist Ihr Kaffee, mir sind Ihre Finanzen nicht das geringste Anliegen. Wenn es Ihnen Spaß macht, daß Sie hier einmal mit Werbe-T-Shirts und Werbe-Kapplerln Platz nehmen müssen, damit Sie Ihren Klub überhaupt finanzieren können, so ist das Ihr Kaffee, nicht unserer. Ich sage Ihnen nur: Wir werden Sie dann beobachten, inwieweit Sie die Gegenleistungen erbringen. Das habe ich ja schon vorhin aufzuarbeiten versucht.

In diesem Sinne, glaube ich, wäre es viel besser angebracht, hier eine ehrliche Debatte zu führen. Auch eine kritische, ich sage das gleich, denn auch dieses System der Finanzierung gegenüber Parteien, gegenüber dieser Parteiendemokratie ist nicht vor Fehlern gefeit. Es kann auch zu Verlockungen, zu Maßlosigkeiten kommen; das will ich gar nicht bestreiten. Man muß sich das sehr genau anschauen. Man muß sich die Verästelungen und Verflechtungen anschauen. Da bin ich voll dafür. Da werden Sie sofort einen Gesprächspartner finden. Aber jetzt daraus eine billige Oppositionsstrategie zu machen und pharisäerhaft herumzutun, um im Bewußtsein des Abänderungsantrages mühsam und nach unzähligen Zwischenrufen endlich einmal aus dieser Wurmdehnung herauszukommen und sich klarer festzulegen, das war in der Tat eine sehr schwache Leistung, die Sie hier eingebracht haben.

Daher möchte ich zum Abschluß folgenden Abänderungsantrag hier einbringen:

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Cap, Dr. Taus und Genossen zum Antrag 312/A der Abgeordneten Dr. Cap, Dr. Taus und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Parteiengesetz geändert wird, in der Fassung des Ausschlußberichtes 1165 der Beilagen

Der Nationalrat wolle beschließen:

Im Artikel I hat der Abs. 1 des § 2 a zu lauten:

„(1) Jede politische Partei, die nach der Nationalratswahl im Nationalrat vertreten ist und spätestens acht Wochen vor dem Wahltag einen diesbezüglichen Antrag stellt, hat nach jeder Nationalratswahl als Beitrag zu den Kosten der Wahlwerbung Anspruch auf Förderungsmittel des Bundes (Wahlwerbungskosten-Beitrag) nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen.“

Dr. Cap

Das ist eine saubere, transparente Form. Ich glaube, daß damit der Demokratie ein Dienst erwiesen wurde. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.) 21.33*

Präsident: Der soeben eingebrachte Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Cap und Dr. Taus ist genügend unterstützt und steht daher in Verhandlung.

Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Helga Erlinger. Ich erteile es ihr.

21.34

Abgeordnete Helga Erlinger (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir das 95. Bundesgesetz vom 2. Juli 1975, das Gesetz über die Finanzierung, Aufgaben und Wahlwerbung politischer Parteien, Parteiengesetz, vor gar nicht so langer Zeit, vor einer Stunde, ein bißchen durchgeschaut. Im § 1 steht:

„Die Existenz und Vielfalt politischer Parteien sind wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung der Republik Österreich.“

Ich möchte gar nicht sagen, ich glaube, sondern ich weiß, daß wir alle diesen § 1 unterstreichen und unterschreiben können. Was Sie aber heute hier machen, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat nichts mit Demokratie zu tun. *(Abg. Elmcker: Wieso?)* Nein, das hat es nicht. Ich werde Ihnen gleich sagen, warum.

Wenn Sie hergehen und mit den vier Fraktionen, die in diesem Haus sitzen, ein Paket bearbeiten, das diesem Gesetz gerecht werden kann, dann wachsen mir auch die Zähne dabei, sehr geehrter Herr Kollege Cap. Und wenn ich Sie so anschau und wenn ich mir vorstelle, daß 100 Millionen aufgestockt werden zu den bestehenden 100 Millionen, dann muß ich fast annehmen, daß Ihre Zähne schon am Boden schleifen – so lange Zähne bekommen Sie. Denn die Großparteien erhalten aus diesem 100-Millionen-Paket sage und schreibe 80 Millionen. Ich denke, das hat sehr wenig mit Demokratie zu tun in diesem Land, in diesem Vier-Parteien-Staat! *(Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)*

Lassen Sie mich ein bißchen etwas sagen. Ich komme schon dazu. Die Grünen gehören ganz sicher nicht zu den Parteien, die Parteiengelder, Parteienförderung, Wahlkampfkostenrückerstattung ablehnen; in keiner Weise. *(Abg. Helmuth Stocker: Vom Sockelbetrag profitieren nur die Grünen!)* In keiner Weise lehnen wir Parteienförderung ab, Herr Kollege Stocker. Und wissen Sie, warum wir das nicht tun? – Weil wir glauben, daß Parteienförderung notwendig ist. *(Abg. Helmuth Stocker: Umgerechnet auf den einzelnen Abgeordneten haben Sie eine viel zu hohe Parteienfinanzierung! Ist Ihnen das klar?)* Aber es kommt immer darauf an, wie gefördert wird, wie

die Kontrolle ausschaut, wie Transparenz dabei zustande kommt. Und mir ist lieber, die Parteien bekommen Geld vom Staat und arbeiten in einer geraden und aufrichtigen Form – das unterstreiche ich –, als es passieren Dinge wie bei der FPÖ, die NORICUM-Gelder nimmt, wie bei der ÖVP, die Industriellenvereinigungs-gelder nimmt, und wie bei der SPÖ, wo ich Sie an die „G'schichten vom Dr. Kreisky“ erinnere, die von Udo Proksch finanziert wurden. *(Beifall des Abg. Srb.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind die Dinge, die Sie sich wahrscheinlich nicht zu diskutieren trauen oder die Sie nicht mehr diskutieren wollen. Und wenn Sie, Herr Kollege Cap, hier Zeitungsartikel vorzeigen und dazu sagen, daß die Diskussion in einer Ganovensprache abgehalten wird, dann muß ich anmerken: Es kommt ja nicht von ungefähr, welcher schlechten Ruf die Politiker in diesem Land haben. Sie sollten nicht immer die Worte „Demokratie“, „politische Moral“ so leichtfertig vor sich hin sagen. *(Abg. Dr. Blenk: Jetzt fangen Sie an, zu moralisieren! Ihnen steht das nicht zu!)* Die Ganovensprache entsteht nur dann, wenn es möglich ist, und ich denke, daß es einige Politiker in diesem Land ganz einfach verdient haben, daß man die Ganovensprache verwendet.

Ich denke auch an Sie, sehr geehrter Herr Kollege Cap, denn der Antrag ist ja von Cap, Taus, wie Sie im Jahr 1979 „Götz - Taus - Nein, danke“-Pickerln überall hingeklebt haben. Ich kann mir ganz einfach nicht vorstellen, daß das etwas mit Demokratie zu tun hat, was Sie heute hier in diesem Haus tun. Ich habe mir gedacht: Womit hängt es denn zusammen, daß Sie jetzt auf einmal so in die Kasse greifen und sich 100 Millionen zuordnen? Das ist ja sehr leicht, mit Ihrer Mehrheit können Sie das ohne weiteres tun. Und von Demokratie zu sprechen bei 100 Millionen, das möchte ich wirklich zurückweisen. Es ist ganz einfach so: Je mehr öffentliche Kalamitäten in diesem Land entstehen, je mehr Skandale in diesem Land aufgedeckt werden, desto mehr Geld brauchen Sie, weil Sie die Probleme zudecken müssen.

Ich möchte Ihnen nur eines sagen: Ich glaube nicht, daß es Ihnen gelingt, mit Werbung oder mit Hilfe von Werbeagenturen politische Moral zu verkaufen. Wenn ich mir vorstelle, daß ein Bundeskanzler Vranitzky mit 200 000 S Pension und einer Abfertigung von 4 Millionen auf einem Plakat *(Abg. Dr. Cap: Nehmen Sie das Geld?)* – ich bin ja noch nicht fertig, lassen Sie mich ausreden – dargestellt ist, mit dem er für politische Erneuerung in diesem Land werben will, dann würde ich an seiner Stelle folgendes machen: Ich würde die 200 000-S-Pension und die 4-Millionen-Abfertigung nehmen und mir damit die

15020

Nationalrat XVII. GP — 127. Sitzung — 14. Dezember 1989

Helga Erlinger

Werbeaktion für den Wahlkampf finanzieren. So schaut es aus! Und genau dasselbe könnte man zu Parteiobmann Riegler sagen. Herr Parteiobmann Riegler hat dieses Geld zwar nach einigen Jahren zurückgegeben, aber es ist ja jetzt wieder so, daß er das von der Steuer abschreiben kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie wirklich ersuchen, diesen Gesetzesantrag zu überdenken. Sie sind ganz einfach nicht mehr glaubwürdig. *(Beifall des Abg. Srb.)* Wenn in diesem Haus von diesem Pult aus von Glaubwürdigkeit gesprochen wird, dann können Sie uns glauben: Sie sind es nicht mehr! *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk. — Abg. Helmuth Stocker: Das ist ein reiner Schlagwortkatalog!)* Ich rede in Schlagworten? — Ich habe Ihnen all das gesagt, was auf Ihrem Mist gewachsen ist. Was habe ich in Schlagworten gesagt? Nennen Sie mir ein Schlagwort! Ich bin noch gar nicht bei der Begründung. Ich sage Ihnen einmal, was sich in diesem Haus hinter Demokratie verbirgt. Von mir aus können Sie das Geld nehmen. *(Abg. Helmuth Stocker: Sie werden es auch nehmen!)* Sie werden es auch tun. Ich werde es sicherlich nicht nehmen.

Herr Kollege Stocker! Ich kann Ihnen sagen, daß wir dieses Geld nicht nehmen werden. *(Rufe bei SPÖ und ÖVP: Smolle hat gesagt, daß er es nimmt!)* Wer hat das gesagt? *(Rufe: Smolle!)* Der Herr Smolle. Na, er braucht es wahrscheinlich für sein Volksgruppenzentrum. *(Abg. Dr. Blenk: Ist das, was Sie sagen, nicht gültig für Ihre Gruppierung?)* Wir werden sehen, ob das gültig ist, sehr verehrter Herr Kollege Blenk.

Ich denke, daß man über dieses Gesetz wirklich in aller Form und mit aller Ernsthaftigkeit diskutieren sollte. Ich habe mir angeschaut, wie die Gespräche gelaufen sind, wie Klubobmann Fischer zu Andreas Wabl gekommen ist, wie er ihm angeboten hat, vielleicht doch auf ein Paket einzusteigen. Es ist eigentlich nichts passiert. Es ist gar nichts passiert! *(Abg. Dr. Cap: Ist das schlecht?)* Was heißt, ist das schlecht, Herr Kollege Cap? Sie reden da mit einer Nonchalance, beschließen 100 Millionen Schilling, und auf der anderen Seite protzen Sie, wenn Sie die Kinderbeihilfen um 100 S pro Kind erhöhen. Glauben Sie denn im Ernst, daß die Leute das noch hinnehmen? *(Ruf: Das sind unseriöse Vergleiche!)* Aber das ist doch lächerlich. *(Zwischenruf der Abg. Elfriede Karli. — Abg. Dr. Cap: Sie waren dafür!)* Sehr verehrter Herr Kollege Cap! Wenn wir im Ausschuß dafür waren, dann war das sicher auf einer Gesprächsebene, die sich nachher verändert hat. *(Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP. — Ruf: Wurm!)* Würmer sind sehr wichtig. Ich bin sehr froh, daß es noch Würmer in diesem Lande gibt. Das hat auch etwas mit der Ökologie zu tun.

Ich glaube, daß es wichtig gewesen wäre, wenn es ein Gesamtpaket gegeben hätte; ein Gesamtpaket dahin gehend: Wie schaut es mit der Wahlkampfkostentrückerstattung in diesem Land überhaupt aus? Wo sind die Parteienagreements? Wo sind die Beschränkungen? Wieviel Geld gibt jede Partei für die Wahlkampfwerbung aus? — Nichts geschieht! Nichts geschieht! Wo sind die Kostenbeschränkungen wirklich? — Ich habe nichts gesehen. *(Abg. Dr. Cap: Aber, bitte, ja! — Abg. Dr. Blenk: Sprechen Sie im Auftrag Ihrer Partei?)*

Zur Sechs-Wochen-Frist. Die Sechs-Wochen-Frist möchte ich erwähnen. *(Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)* Ich möchte so gerne mit Ihnen debattieren, aber ich kann auf Ihre Einwürfe nicht eingehen, weil sie so bodenlos sind. Reden Sie mit mir über etwas, was ich greifen kann. *(Zwischenruf des Abg. Dkfm. Holger Bauer.)* Der Wabl hat es. Der Wabl ist in der Steiermark. *(Rufe: Da schau her!)*

Sehr geehrter Herr Kollege Cap! — Sehr geehrter Herr Kollege Frischenschlager, wollte ich eigentlich sagen. Ich habe schon ein Cap-Syndrom. Sie haben von der Sechs-Wochen-Frist gesprochen. Ich glaube, daß die Sechs-Wochen-Frist unerheblich ist. Die Sechs-Wochen-Frist ist insofern unerheblich, als dieses ganze Gesetz unseriös ist. Also können wir als Oppositionsparteien davon ausgehen, daß diese Sechs-Wochen-Frist von der Bevölkerung genausowenig anerkannt wird wie das Gesetz insgesamt.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie legen sich heute, ein paar Tage vor Weihnachten, ein Osterei, an dem Sie noch sehr, sehr lange werden knabbern müssen. Das glaube ich ganz sicher. *(Beifall bei den Grünen.)* Und ich würde mir wirklich wünschen, wenn Sie... *(Zwischenruf des Abg. Hesoun.)* Wem haben Sie eine „Watsche“ gegeben, Herr Kollege? *(Abg. Hesoun: Reden Sie weiter! Sie verstehen eh nicht, was grün und blau ist!)*

Wenn Sie über dieses Gesetz wirklich nachdenken, wenn Sie heute dieses Gesetz zurückstellen, wenn Sie in eine neue Diskussion eingehen, dann wird die Bevölkerung verstehen, daß man Wahlkampfkosten hat, daß man Gelder braucht, um Parteien auch präsent sein lassen zu können. Herr Kollege Cap, ich gebe Ihnen recht. Aber nicht in dieser Form! Das ist nicht möglich, und das anerkennt die Bevölkerung auch nicht. *(Abg. Elmacker: Scheinheilig!)* Wenn Sie so weitermachen, Herr Kollege Cap, dann sind Sie überhaupt nicht mehr derjenige, der Sie vor vielen Jahren waren. Sie sind es ja schon lange nicht mehr, aber dann sind Sie es nicht einmal mehr mit dem kleinen Fingernagel, möchte ich fast sagen. Das ist nämlich das Problem dabei. *(Abg. Dr. Cap: Die Grünen nehmen es!)*

Helga Erlinger

Ich werde Ihnen jetzt sagen, was die Grünen tun: Wir werden diesem Gesetz nicht zustimmen. *(Ruf bei der ÖVP: Aber das Geld nehmen Sie!)* Wir werden auch eine sehr, sehr intensive Diskussion führen müssen über eventuelle Beantragung oder Nichtbeantragung der Gelder. *(Abg. Dr. Blenk: Das ist die Glaubwürdigkeit, die Sie demonstrieren! — Demonstrative Heiterkeit bei SPÖ und ÖVP.)* Lustig, ja. Natürlich ist das lustig. Ich habe gesagt: über die Annahme oder die Nichtannahme. *(Abg. Dr. Blenk: Sie haben gesagt, Sie werden es nicht nehmen!)* Ich werde es nicht annehmen. Das ist meine politische Moral, das ist mein Anspruch an mich. *(Abg. Dr. Blenk: Reden Sie nicht für die Grünen?)* Die Grünen werden diese politische Moral sehr wohl auch haben, Herr Kollege Blenk! Sehr wohl werden die Grünen diese politische Moral vertreten! *(Abg. Dr. Kohl: Frau Erlinger! Hat der Parteitag nicht beschlossen, zu nehmen?)*

Damit komme ich wieder zum Bundesgesetz über die Aufgaben, Finanzierung und Wahlwerbung politischer Parteien. Was immer mit diesen Parteiengeldern geschieht, wir haben noch immer die besseren Lösungen gefunden als Sie. Das können Sie mir glauben! Denn unsere Gelder gehen nicht in irgendwelche Infrastrukturen, die man nicht mehr durchleuchten kann, fließen nicht in irgendwelche Taschen, in die keiner mehr Einsicht nehmen kann. *(Abg. Dr. Blenk: Wo haben Sie die Gelder her?)* All diese Dinge müssen wir nicht machen, sehr geehrter Herr Kollege Blenk!

Wir versuchen, den Leuten draußen zu helfen. Wir versuchen, die Bürgerinitiativen zu unterstützen. Wir versuchen, mit diesen Geldern die politische Bildung zu aktivieren, die in diesem Land unter Ihrer Herrschaft mehr oder weniger verhungert ist. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Dr. Blenk: Das ist scheinheilig, was Sie machen!)*
21.47

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Abgeordneter Ing. Ressel zu Wort gemeldet. Es stehen ihm 3 Minuten zur Verfügung.

21.47

Abgeordneter Ing. Ressel (SPÖ): Frau Abgeordnete Erlinger! Ihre Art der Diskussion zwingt geradezu dazu, daß man Sie berichtigt. Vielleicht sollte man damit beginnen, daß Sie von einem unseriösen Gesetz gesprochen haben. Ich sage Ihnen eines: Die Art, wie Sie argumentiert haben, war unrichtig und unseriös, denn Sie haben hier festgestellt, daß der Herr Bundeskanzler seine Abfertigung *(Abg. Eigruber: Das ist keine Berichtigung! — weiterer Zwischenruf des Abg. Dr. Frischenschlager)* — Herr Klubobmann, warten Sie ein bißchen! — und seine Pension verwenden sollte, um den Wahlkampf zu finanzieren. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß der Herr Bundeskanzler keine Pension be-

zieht und aus diesem Grund diese Pension nicht für einen Wahlkampf verwenden kann. Ich ersuche Sie, derartige Unterstellungen zu unterlassen. *(Beifall bei der SPÖ.)* 21.48

Präsident: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Taus. Ich erteile es ihm.

21.48

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Herrn Abgeordneten Frischenschlager etwas mitteilen, das er vielleicht nicht weiß. Wenn ich richtig informiert bin, hat der Kärntner Landtag über Antrag des Herrn Landeshauptmannes Dr. Haider ein Nachtragsbudget nach den Kärntner Landtagswahlen beschlossen, in dem die Parteienförderung in Kärnten um 10 Millionen Schilling erhöht wurde. Das war eine der ersten Maßnahmen. *(Rufe des Erstaunens bei ÖVP und SPÖ.)*

Dieser Betrag von 10 Millionen Schilling wird nach der Mandatsverteilung auf die im Landtag vertretenen Parteien aufgeteilt. Wenn ich mir jetzt gestatte, eine kleine Rechnung durchzuführen — ich mache solche Dinge nicht gerne, weil das Thema viel zu ernst ist —, so wird das Hohe Haus wahrscheinlich — ich hoffe es jedenfalls — eine Wahlkampffinanzierung von 20 S pro Wähler beschließen. Die Kärntner haben ungefähr 30 S je Wähler beschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich gehe nicht einmal darauf ein und sage, das ist illegitim. Ich rufe nicht „Heuchelei“ und ähnliches mehr. Aber, meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, bitte überlegen Sie sich, was Sie hier von diesem Pult aus sagen! Es hat in diesem Land schon sehr, sehr oft Verteufelungen gegeben, Vergiftungen politischer Natur gegeben. Ich bitte Sie wirklich, aufzupassen, daß in diesem Land das politische System nicht wegen falscher Information des Bürgers in eine Legitimitätskrise gerät. Das möchte ich Ihnen sagen. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren von der FPÖ! Ich sage das überhaupt nicht böseartig. Sie haben allein aufgrund dieses Landtagsgesetzes nicht den geringsten Grund, auch nur einen Satz hier zu sagen. Auch nur einen Satz! Und überdies — Herr Kollege Cap hat es Ihnen ja bereits gesagt —, Sie haben doch im Unterausschuß zugestimmt. Stimmen Sie nicht zu, nehmen Sie es nicht — das ist Ihre Sache! *(Abg. Dr. Frischenschlager: Der Budgetbeschluß kann noch nicht der Gesetzesbeschluß hier sein! Das ist falsch, was Sie sagen!)* Ich möchte nur meinen: Nach so einem Gesetz, das Ihr Landeshauptmann beantragt hat und das gegen seinen Willen nie durchgegangen wäre, hier eine solche Rede zu halten, das finde ich, meine Damen und Herren,

15022

Nationalrat XVII. GP — 127. Sitzung — 14. Dezember 1989

Dr. Taus

eigenartig. Eigenartig — ich sage nicht mehr. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Unverfroren!)*

Ich darf aber jetzt zur Sache selber kommen und sagen: Ich bin sogar in einem Punkt Ihrer Meinung. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Frischenschlager.)* Aber nein, Sie waren nicht dagegen. Entschuldigen Sie, warum? Ich bin einer der Initiatoren dieses Antrages.

Ich darf jetzt zu einem weiteren Punkt kommen, wo ich Ihnen recht gebe. Ich halte es auch für nicht sehr gut und nicht sehr glücklich, daß wir von etwa 21 bis 22 Uhr diesen Gesetzentwurf, diese Novelle diskutieren. Ich sage Ihnen auch, warum. Das hat dann so den Hauch, als würde hier versucht werden, am Abend so schnell — darin gebe ich Ihnen durchaus recht — eine solche Novelle, die eine gewisse politische Sensibilität hat — ich leugne das überhaupt nicht —, durchzubringen.

Ich weiß schon, morgen ist ein langer Tag, und das ist der parlamentarische Ablauf. Und jeder will, wenn es sich ausgeht, gerne nach Hause kommen. Ich sehe das ein, denn die nächste Woche ist die Weihnachtswoche. Ich unterwerfe mich natürlich der Klubdisziplin, aber es wäre mir persönlich lieber gewesen, wir hätten das zu einer guten Stunde diskutiert. Denn wir haben überhaupt nichts zu verbergen — überhaupt nichts! *(Abg. Dr. Gugerbauer: Stellen wir es zurück!)* —, auch wenn in den Medien gelegentlich stand, daß etwas zuzudecken sei, daß es ein 100-Millionen-Ding und ähnliches gebe. Meine Damen und Herren! Wenn man ein Gesetz über Wahlkampffinanzierung macht, dann braucht man nichts aufzudecken, dann braucht man nichts zu sagen. Jeder weiß, jeder sieht, was hier passiert.

Auch wenn es jetzt eine relativ späte Stunde ist, gestatten Sie mir doch noch einige Bemerkungen, einfach aus der Sensibilität der Materie heraus. Ich möchte vielleicht damit beginnen: Man muß ein paar Sätze zur Parteiengeschichte sagen.

Als die parlamentarische Demokratie in Kontinentaleuropa etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts heimisch wurde, hat es im wesentlichen Honoratiorenparteien gegeben. Die Parteienfinanzierung war damals eine eher einfache Sache. Der Wahlkampf wurde von den „Honoratioren“ selbst bezahlt. Im Parlament haben die damaligen Abgeordneten ihre Ausgaben selbst bezahlt. Es gab natürlich weder Diäten noch sonst irgend etwas. Es war, wenn Sie wollen, eine Art oligarchischer Beginn des demokratischen Systems.

Dann hat sich die Massendemokratie und mit ihr die Massenpartei entwickelt. Und damit begann natürlich selbstverständlich eine völlig ande-

re Situation aktuell zu werden, die bis zum heutigen Tag im wesentlichen andauert; mit allen Veränderungen, die es diesbezüglich gegeben hat. Und damit ist natürlich auch, meine Damen und Herren, die Parteienfinanzierung in eine völlig andere Situation hineingeraten.

Denn was ist denn passiert bei den Massenparteien? — Die Massenparteien haben selbstverständlich hauptberufliche Stäbe gehabt. Das gleiche, geheime, direkte Wahlrecht hat dazu geführt, daß man natürlich an den Wähler die Ideen der Parteien heranbringen mußte. Und es entstand der Typ des Berufspolitikers, den es vorher nicht gegeben hat, den die moderne Massendemokratie aber einfach braucht, und sie wird ihn auch in Zukunft haben.

Das war eine völlig veränderte soziale Situation, und in dieser völlig veränderten sozialen und politischen Situation ist natürlich auch die Parteienfinanzierung in eine völlig andere Lage gekommen. Ich bitte, genau mit zu überlegen, gerade im Bereich der Öffentlichkeit, daß wir ja in einer Lage sind, die wir mit den alten Honoratiorenparteien überhaupt nicht vergleichen wollen. Und ich persönlich halte unser heutiges Parteiensystem für einen demokratiepolitischen Fortschritt. Ich möchte nicht zur Honoratiorenpartei zurückkehren. Ich hielte das für falsch. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Die Parteien sind natürlich in unserer heutigen Zeit Bestandteile, wenn Sie so wollen, der staatlichen Organisation. Sie haben konstitutive Bedeutung für unser demokratisches System.

Und hier möchte ich einen Satz eines berühmten Staatslehrers — man muß nicht immer seiner Meinung sein —, Leibholz, zitieren, der in einer Arbeit über den Parteienstaat nach dem Bonner Grundgesetz in den fünfziger Jahren schon geschrieben hat in Zusammenhang mit der Parteienfinanzierung: „In der Tat liegt es in der Konsequenz des modernen demokratischen Parteienstaates, daß dies geschieht“ — nämlich die Parteienfinanzierung aus öffentlichen Mitteln —, „da in dieser Form der Demokratie die Parteien die Träger des Staates sind und in ihm öffentliche Aufgaben zu erfüllen haben.“ — Das sagt ja auch unsere Verfassung. Ich möchte also nicht im Detail darauf eingehen, denn das hieße ja hier in diesem Hohen Hause Eulen nach Athen tragen.

So sind die Parteien ein konstitutives Element unseres demokratischen Systems geworden. Und sie haben sich auch entwickelt von den Weltanschauungsparteien der Vorkriegszeit zu Parteien, die zwar nicht weltanschauliche Absenz betreiben, aber die breiter geworden sind, die nicht mehr diese engen weltanschaulichen Gruppierungen sind, die sie zum Beispiel auch in Österreich in der Zwischenkriegszeit noch gewesen sind.

Dr. Taus

Daß diese Parteien sich anders entwickelt haben, war wahrscheinlich ein Vorteil der demokratischen Entwicklung in den meisten westlichen Ländern, auch in Österreich. Das hat natürlich auch dazu geführt, daß diese Parteien in sich schon wieder demokratische Maschinerien geworden sind, die in sich ein kompliziertes Wahlverfahren, komplizierte Meinungsbildungen haben, die wieder Apparate benötigen, um zu dieser Meinungsbildung zu kommen, die dann hier im Hohen Hause abgestimmt wird zwischen den großen, kleineren und mittleren Gruppierungen, soweit sie in diesem Parlament vertreten sind.

Das ist in gerafften Worten die Parteiengeschichte, wie sie sich dargestellt hat seit Beginn der parlamentarischen Demokratie.

Lassen Sie mich jetzt einige Punkte im Zusammenhang mit der Parteienfinanzierung anführen, weil auch das wieder wesentlich ist. Natürlich hat, wie ich bereits vorhin erwähnt habe, die Honoratiorenpartei alten Zuschnitts eine Parteienfinanzierung nicht gebraucht. Es waren wohlhabende Männer, die sich zur Verfügung gestellt haben, die selbst ihre politischen Ausgaben bezahlen konnten, die die Politik zur Berufung hatten, aber nicht davon lebten, während heute viele der Kollegen davon leben müssen. Der Mandatar und fast immer das Regierungsmitglied leben selbstverständlich von den Bezügen für die Funktion. Es sollten dies nicht alle Mandatäre tun. Ich bin dagegen, daß es ein reines Berufspolitikerparlament gibt. Aber der Berufspolitiker ist auch im Parlament unverzichtbar. Es soll aber auch andere geben, die direkt aus den Berufen kommen und ihren Sachverstand und ihre Erfahrung aus der Berufswelt, aus der sie kommen, einbringen.

Aber nun zur Parteienfinanzierung. Auch die Parteienfinanzierung bei den Massenparteien bestand ja nicht nur aus Mitgliedsbeiträgen. Das ist völlig falsch. Die Parteienfinanzierung war sofort, als sich die Massenparteien entwickelt haben, eine der zentralen Fragen.

Ich möchte jetzt gar nicht Österreich heranziehen und die vielen Diskussionen darüber. Aber selbst die mächtige deutsche Sozialdemokratie und das mächtige deutsche Zentrum der Weimarer Republik konnten nicht allein mit den Mitgliedsbeiträgen auskommen, obwohl es mitgliederstarke Parteien waren, sondern sie haben für die Sozialdemokratie in Sonderheit aus ihren Zeitungen, Druckereien und ähnlichem die Mittel gezogen, mit denen sie die Wahlkämpfe finanzierten. Und bei den Christlichen, bei der Zentrumspartei, bei den Christlichsozialen war es so, daß große kirchliche Vereinigungen manchmal gespendet haben und daß bei beiden Parteien immer das Spendenwesen hoch entwickelt war. Immer! Es ist ein Unsinn, zu glauben, daß Wahlkämpfe in früheren Jahren und Jahrzehnten,

etwa in der Zeit vor dem Krieg, aus Mitgliedsbeiträgen finanziert wurden. Immer hat es Spenden gegeben, immer hat es sonstige Zuwendungen gegeben. Sonst wäre es auch damals, unter völlig anderen Verhältnissen, in viel ärmeren Gesellschaften, nicht möglich gewesen, Wahlen zu finanzieren!

Und immer wieder hat es im Zusammenhang mit Wahlfinanzierungen Diskussionen gegeben, wurden manche Finanzierungen zu Skandalen aufgebauscht und ähnliches mehr; auch in der österreichischen Nachkriegsgeschichte.

Und immer wieder hat es Finanzierungsprobleme gegeben, bei allen Parteien, auch, meine Damen und Herren, bei der Freiheitlichen Partei, wie wir wissen. Und wie wir wissen, ist auch bei der Freiheitlichen Partei — na selbstverständlich! — versucht worden, die Partei anders als nur mit Mitgliedsbeiträgen zu finanzieren. Es sind hier Namen gefallen. Ich will sie gar nicht wiederholen. (*Abg. Dr. Gugerbauer: Ruso!*) Ich möchte auch gar nicht die Diskussion in diesen Bereich hineinbringen.

Aber nun etwas Weiteres, und auch das sei hier gesagt: In der modernen Konsumgesellschaft ist natürlich der Wahlkampf teuer geworden. Er ist sehr teuer geworden. Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich habe eine Ahnung von diesen Dingen. Ich war viele Jahre lang der Finanzreferent, also der Kassier, einer Teilorganisation der ÖVP, des ÖAAB, und ich bin jetzt wieder am Parteitag der ÖVP zum Kassier der ÖVP gewählt worden. Ich habe eine Ahnung, und ich weiß, wovon ich rede.

Ich sage Ihnen, ein Wahlbudget einer Großpartei für eine Nationalratswahl (*Abg. Eigruber: Noch Großpartei!*) ist kleiner als das normale Werbebudget einer mittleren Markenartikelfirma. Das ist die Realität, um die es hier geht. (*Abg. Helga Erlinger: Wollen Sie jetzt noch mehr haben oder was?*)

Da uns — das müssen wir ja auch sagen — die gesellschaftliche Entwicklung dazu gebracht hat, daß die gesamte Parteipresse eigentlich zugrunde gegangen ist, kommen wir ja anders gar nicht heran an die Wähler, als daß wir uns moderner medialer Methoden bedienen, die immer Geld kosten und überall Geld kosten. Und ich halte es für die sauberere Methode — und das ist der Grund, warum ich einer der Initiatoren dieser Novelle bin —, es ist die sauberere Methode, einfach zu sagen: Das kostet es. (*Abg. Dr. Gugerbauer: Sauber!*)

Da ist eine Überlegung der Transparenz dabei. Jeder kann nachlesen, jeder kann nachschauen, was jede Partei hier bekommt. Man wird ohne weiteres nach wie vor um Spenden da oder dort

15024

Nationalrat XVII. GP — 127. Sitzung — 14. Dezember 1989

Dr. Taus

laufen müssen, aber es ist besser und vernünftiger, wenn man sagt, daß für Wahlkampffinanzierungen die Kosten zumindest zum Teil zurückerstattet werden, wie das in den meisten anderen Ländern geschieht.

Das ist die Überlegung, von der wir hier ausgegangen sind oder von der ich ausgegangen bin, und niemand anderen möchte ich hier in diesem Zusammenhang hineinziehen. Ich glaube, es ist vernünftiger, sauberer und offener.

Hier ist es gesagt worden: Natürlich kostet auch die Demokratie Geld. Und in einer Konsumgesellschaft, in einer Massengesellschaft, die wohlhabend geworden ist, ist es einfach undenkbar, aus Mitgliedsbeiträgen, selbst wenn man sehr viele Mitglieder hat, den Wahlkampf zu finanzieren.

Und ich halte es für eine Heuchelei, meine Damen und Herren, eine echte Heuchelei, wenn man leugnet, daß alle Parteien und ihre Spitzenfunktionäre rennen, um Geld zu beschaffen für den Wahlkampf. Alle machen es, alle. Glauben Sie mir! Aus meiner langjährigen Tätigkeit als Finanzreferent im politischen Bereich könnte ich das durchaus sagen, wie, wo, wer, was immer — ich sage das offen — betteln geht, damit er etwas kriegt.

Und damit kommen wir in die Problematik des Spendenwesens. Ja wenn man Spenden bekommt, muß man sie nehmen, nicht nach dem Grundsatz „pecunia non olet“, aber einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul! Man kann nicht Unbedenklichkeitbestätigungen und ähnliches mehr verlangen, wenn man irgendwo etwas kriegt. Ich sage das auch offen. Es soll doch endlich einmal aufgehört werden mit diesem Heucheln! Wenn man etwas kriegt, ist jeder, der etwas kriegt für die Partei, dankbar, daß er es bekommt. Es hat ununterbrochen Diskussionen gegeben, ununterbrochen! Und ich will nicht mehr haben, daß es diese Diskussionen gibt.

Es ist die fairere, sauberere Methode, wenn man sagt: Die Republik, die öffentliche Hand, der Steuerzahler, der in dem demokratischen Staat lebende Mensch, soll einen kleinen Teil oder einen wesentlichen Teil — das wird ein wesentlicher Teil der Wahlkampfkostenfinanzierung sein — mittragen. (Abg. Helga Erlinger: Die „ZiB 2“ hat schon begonnen! Sie können aufhören!) Das ist die Überlegung, die da ist. Jeder von uns zahlt dafür große Beträge, das ist selbstverständlich. Ich halte es für richtig, daß wir das heute hier tun, meine Damen und Herren! Aus demokratiepolitischen Gründen halte ich es für richtig.

Und ich sage Ihnen abschließend noch etwas: Es tut mir, wie gesagt, leid, daß wir es so spät diskutieren, und Sie wissen, mein „Zeitbudget“ ist durchaus angespannt, aber ich erkläre mich be-

reit, über Parteienfinanzierung vor jedem demokratischen Forum, das mich dazu einlädt, zu diskutieren, mit jedem darüber zu diskutieren, warum ich dafür gewesen bin, daß wir diese Wahlkampfkostenerstattung hier in diesem Hohen Haus beschlossen haben (Abg. Dr. Frischenschlager: Warum haben Sie es nicht im Ausschuß getan!), warum ich es für sauberer, korrekter halte als jede andere Methode.

Ich sage Ihnen, ich bin bereit dazu, das zu tun. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.) Und egal, wieviel Zeit mich das kostet, ich bin bereit, es zu machen. Wer mich einlädt, wird mich vor einem vernünftigen Forum haben, und ich werde darüber diskutieren, mit den Argumenten, die mir zur Verfügung stehen. (Abg. Dr. Frischenschlager: Nach dem Beschluß ist das leicht zu sagen!)

Ich weiß, es ist ein sensibler Teil, ich weiß, man kann es falsch auslegen, ich weiß, man kann Gegenargumente bringen, aber wenn ich die Überlegung anstelle: Ist es per saldo vernünftig, das zu tun, und demokratiepolitisch vertretbar?, dann bin ich eher dafür, daß wir es machen, als daß wir es ablehnen.

Meine Fraktion wird daher diesem Gesetzentwurf zustimmen. — Danke schön! (Beifall bei ÖVP und SPÖ.) 22.06

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Gugerbauer. Ich erteile es ihm. (Abg. Helmuth Stocker: Norbert, mach keinen Eiertanz! — Abg. Ruhaltinger: Jetzt kommt die Überraschung: Sie nehmen's! — Abg. Kraft: Wie war das mit dem Kärntner Gesetz?)

22.06

Abgeordneter Dr. Gugerbauer (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf noch einmal die Worte des Abgeordneten Frischenschlager bekräftigen.

Die Freiheitliche Partei betrachtet diese Wahlkampfkostenrückerstattung ohne eine einschneidende, seriöse, glaubwürdige Wahlkampfkostenbeschränkung als nicht akzeptabel, und wir werden daher auch nicht nur gegen dieses Gesetz stimmen, sondern wir werden auch keine Wahlkampfkostenrückerstattung beantragen. Und im Gegensatz zu Ihrem ÖVP-Bundesparteiobermann merken wir uns die Beschlüsse, die wir mittragen oder nicht mittragen, meine Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Von Kärnten haben Sie nichts gesagt! — Abg. Schwarzenberger: Das war eine massive Kritik an Haider!)

Der Sprecher der Österreichischen Volkspartei hat eine Diskussion angeboten. Ein interessantes Wort, Herr Kollege Taus, nur ein bißchen spät, wie ich finde, und damit spreche ich nicht die Uhrzeit an, sondern die Tatsache, daß Sie, wie die

Dr. Gugerbauer

ganze Vorgangsweise der Regierungsfractionen zeigt, gar nicht daran interessiert gewesen sind, mit der Opposition rechtzeitig in ein konstruktives Gespräch einzutreten.

Ich bin erstmals von den Kollegen Dr. Fischer und Dr. König darauf aufmerksam gemacht worden, daß die beiden Regierungsfractionen eine derartige Wahlkampfkostenrückerstattung planen. Und ich habe vom ersten Moment an keinen Zweifel offengelassen, daß die Freiheitliche Partei eine derartige Initiative diskussionswürdig findet, daß wir dem aber nur dann nahetreten können, wenn eine derartige Wahlkampfkostenrückerstattung mit einer entsprechenden Wahlkampfkostenbeschränkung verbunden wird. — Das war das klare Wort des freiheitlichen Klubobmanns von Anfang an.

Dann hat es die kurzfristige Ansetzung dieser Materie im Budgetausschuß gegeben, dann die Ansetzung dieser Materie im Verfassungsausschuß, und erst dann, nachdem diese beiden parlamentarischen Ausschüsse getagt hatten, hat mir der sozialistische Klubobmann Dr. Fischer ein Wahlkampfkostenbeschränkungsübereinkommen zugemittelt, das zwischen den beiden Regierungsfractionen ausgehandelt worden ist. Der Begleittext hat nicht gelautet, daß wir darüber diskutieren können, daß wir unsere Vorstellungen präsentieren können, daß wir das abändern, modifizieren können, sondern der Begleittext hat gelautet, daß die Opposition diesem Übereinkommen der Regierungsfractionen beitreten kann.

Das ist eine Politik des Friß-Vogel-oder-Stirb, eine Politik, die wir jedenfalls nicht mittragen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Sprecher der Österreichischen Volkspartei hat bemerkenswert herausgearbeitet, daß er keinen Weg zurück zur Honoratiorenpartei beschreiben möchte. *(Abg. Dr. Nowotny: Auch nicht zur Gutsbesitzerpartei, zur Partei der Besitzer arisierter Güter!)* Das hat viel für sich, Herr Professor Nowotny, aber gerade Sie sollten sich als linker Sozialdemokrat auch gewissen basisdemokratischen Vorstellungen verpflichtet fühlen. *(Abg. Kraft: Stichwort Bärenthal! — Abg. Dr. Nowotny: Bärenthal, das ist Basisdemokratie!)* Und wenn wir über die Rückwirkungen der Parteienfinanzierung auf das Parteiensystem diskutieren, dann sollte uns doch auch klar sein, daß derartige öffentliche Parteienfinanzierungen, wie Sie es jetzt wieder planen, letzten Endes nur den Parteivorstand, nur die Parteispitze, nur das Zentrum der Partei gegenüber den eigenen Mitgliedern stärken. *(Abg. Dr. Nowotny: Das ist absurd!)*

Die Parteispitze ist nicht oder weniger abhängig von den Beiträgen, die die Mitglieder zahlen *(Abg. Dr. Nowotny: Wir haben kein Führer-*

prinzip!), die Parteispitze ist nicht oder weniger abhängig von kleinen und kleinsten Spenden, sondern sie kann auf die 200 Millionen Schilling zurückgreifen, die sich die beiden Regierungsfractionen jetzt selbst genehmigt haben. Das ist auch ein Verstoß gegen alle basisdemokratischen Prinzipien, und es wundert mich, daß ein derartiger Vorstoß vom sozialistischen Zentralsekretär Cap vertreten und verteidigt wird. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Nowotny: Also ist es besser, wenn sich der Haider von Industriellen beschenken läßt?)* Das hat mit Parteienfinanzierung nichts zu tun, Herr Kollege Nowotny! *(Abg. Dr. Nowotny: Was denn? Was ist denn das?)*

Zentralsekretär Cap hat heute vorgetragen, er wäre quasi der Anwalt der Transparenz bei der Parteienfinanzierung. Geben Sie es doch zu, lesen Sie die Vorlage, über die in Kürze abgestimmt werden wird! Da steht von Offenlegung von Parteispenden kein Wort drinnen! *(Abg. Dr. Nowotny: Ich habe Sie über Haider gefragt!)* Es geht bei dieser Vorlage überhaupt nicht um die Offenlegung von Parteispenden *(Abg. Dr. Nowotny: Kennen Sie einen Haider?)*, es geht nicht um mehr Transparenz, sondern Sie bewilligen sich durch diesen Antrag weitere 100 Millionen Schilling, welche die Steuerzahler aufbringen müssen. *(Abg. Dr. Nowotny: Vom Haider reden wir!)* Das ist nichts anderes als unverantwortlich gegenüber dem Steuerzahler, das ist ein Skandal, und damit werden Sie leben müssen! *(Beifall bei der FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Hohes Haus! Wir kennen ja die Übereinkommen, die Zentralsekretär Cap hier zitiert hat. Ich kenne das Abkommen aus dem Jahr 1986, ich kenne das Abkommen aus dem Jahr 1983, und ich kenne die anderen Alibiaktionen, die Sie und Ihre Vorgänger gestartet haben.

Das ist doch keine Lösung des Problems, sondern diese Übereinkommen sind selbst ein Problem. Die Abgeordneten, die hier im guten Glauben einer Verdoppelung der öffentlichen Parteienfinanzierung zustimmen, kennen ja das Übereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP nicht, denn ich bin überzeugt, Sie haben es nicht zur Verteilung gebracht. *(Abg. Schieder: O ja!)* Ja, als Exzentralsekretär sind Sie wie immer bestens informiert, Herr Kollege Schieder, aber ich werde auf den hinteren Bänken den einen oder anderen fragen, und da wird sich schnell die eine oder andere Informationslücke beweisen lassen. *(Abg. Dr. Nowotny: Wir wollen was vom Haider wissen! — Abg. Dr. Schranz: Wer zahlt die Hubschrauberflüge?)*

Ich werde Ihnen entscheidende Passagen dieses Übereinkommens zur Kenntnis bringen, damit kein Zweifel offenbleibt.

15026

Nationalrat XVII. GP — 127. Sitzung — 14. Dezember 1989

Dr. Gugerbauer

Hohes Haus! In diesem Übereinkommen, das von SPÖ und ÖVP ausgehandelt worden ist, heißt es zunächst einmal unter Artikel I: „Die Wahlkampfkosten der im Nationalrat vertretenen Parteien dürfen in den letzten sechs Wochen vor dem Wahltag, unbeschadet des Artikels IV des Parteiengesetzes, jene Beträge nicht überschreiten, die die Parteien aufgrund des Bundesgesetzes über die Wahlkampfkosten 1989 erhalten können. Für diesen Zweck sind den Berechnungen die Ergebnisse der Nationalratswahl 1986 zugrunde zu legen.“

Da fängt das ganze Problem schon an, Herr Kollege Cap, und ich halte Sie trotz allem für intelligent genug, daß Sie dieses Problem erkennen.

Was bedeutet denn diese Formulierung? — Diese Formulierung bedeutet, daß die Regierungsfractionen entsprechend den Bestimmungen dieses Übereinkommens mehr Geld ausgeben dürfen, als sie von der Wahlkampfkostenrückerstattung erwarten, daß umgekehrt aber die Oppositionsparteien weniger Geld ausgeben dürfen, als ihnen nach der Wahlkampfkostenrückerstattung zustehen wird. Und wenn mehr ausgegeben wird, dann wird man bestraft, dann wird man zusätzlich noch einmal zur Kassa gebeten.

Sie kennen doch die Umfragewerte, Herr Kollege Cap! Ich bin überzeugt, daß Sie sie genauer studieren als manch anderer in diesem Haus, weil diese Umfragewerte ja für die Sozialistische Partei mehr als unangenehm sind. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Sie werden bescheiden, ich weiß das schon. Ihr sozialistischer Parteivorsitzender Sinowatz hat auch die katastrophale Wahlniederlage von 1986 als Erfolg gefeiert, es ist halt alles relativ. Und beim Niedergang der Sozialistischen Partei sind Sie mittlerweile ganz schön bescheiden geworden.

Die Wahl im Jahr 1986 hat für die Sozialistische Partei 43,1 Prozent gebracht, jetzt liegen Sie bei 40,3 Prozent. Das ist ein Verlust oder ein Vertrauensschwund im Ausmaß von 3 Prozentpunkten. (*Abg. Heinzinger: Wieviel haben Sie beim Volksbegehren? Das ist Ihre letzte Gewichtung, eine aktuelle Gewichtung! Für zu leicht befunden, viel zu leicht!*)

Bei der Österreichischen Volkspartei schaut es ein bißchen dumpfer aus. Herr Kollege Heinzinger, Sie kennen ja die Umfragen. Sie haben ungefähr 6 Prozent verloren. Das ist ja etwas, was sich am Wahltag wieder bestätigen wird.

3 Prozent weniger für die Sozialistische Partei, 6 Prozent weniger für die Österreichische Volkspartei, 7 Prozent mehr für die Freiheitliche Partei und immerhin 2 Prozent mehr für die Grün-Alternativen. Das ist die Veränderung zwischen dem Wahlergebnis im November 1986 und der

jüngsten Meinungsumfrage aus dem Dezember 1989. (*Abg. Dr. Cap: Traumännlein! Ende der Märchenstunde!*)

Mit diesem Wahlkampfübereinkommen, das Sie uns zumuten, das Sie der Öffentlichkeit zumuten und das Sie dem Steuerzahler zumuten, begehen Sie nichts anderes als eine Roßtäuserei. Sie wollen sich trotz dieser schlechten Werte mehr Mittel herausreißen. Sie wollen die Opposition knebeln. Das nennt man dirty tricks, und Kollege Hesoun wird Ihnen das übersetzen, Herr Kollege Cap! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ein Zweites: In diesem Wahlkampfübereinkommen wird geregelt, daß nur in den letzten sechs Wochen die Wahlkampfkosten beschränkt werden dürfen. Was heißt denn das? Sie genehmigen sich im Stil eines Gangs durch den Selbstbedienungsladen der Steuerzahler weitere 100 Millionen Schilling, damit Sie Ihr Werbebudget in den letzten sechs Wochen mit diesen 100 Millionen ausstatten können. Das, was Sie normalerweise für die Wahl vorgesehen hätten, das buttern Sie jetzt schon in den Vorwahlkampf.

Sehr geehrte Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Was ist denn das? (*Der Redner zeigt ein doppelseitiges Inserat des Bundeskanzlers. — Abg. Marizzi: Das ist aber schön!*) Dieses doppelseitige Inserat ist heute in der Wochenzeitschrift „Ganze Woche“ erschienen. Hat das mit Werbung der Sozialistischen Partei nichts zu tun? Ist das eine Gratiswerbung? Bekommt man das von dem Herausgeber der „Ganzen Woche“ umsonst, franko, frei ins Haus geliefert? (*Abg. Marizzi: Schönes Bild, guter Text!*) Natürlich nicht! Mit einem Millionenaufwand wird versucht, für den angeschlagenen Franz Stimmung zu machen. Sie haben wahrscheinlich in der Volkswirtschaftslehre aufgepaßt und wissen, daß es am besten und wichtigsten ist, antizyklisch Werbung zu betreiben. (*Abg. Dr. Cap: Was soll das jetzt?*) Das heißt, wenn es einem am schlechtesten geht, dann muß man auch kräftig in die Werbebetats hineinbuttern. (*Abg. Hesoun: Zeigen Sie uns die Rechnung vom Haider-Rundflug!*)

Diese Werbung müßte eben auch von einer Wahlkampfkostenbeschränkung erfaßt werden, denn alles andere ist eine Täuschung der Wähler und eine Täuschung der Steuerzahler. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Helmuth Stocker: Das war eine Werbeeinschaltung! — Besten Dank, Herr Dr. Gugerbauer! — Abg. Dr. Cap: Das steht doch drin, Sie lesen es nur nicht!*) Im Abkommen: für die letzten sechs Wochen, Herr Kollege, aber nicht für die ganze Dauer eines Vorwahlkampfes, den Sie von der Sozialistischen Partei bereits eröffnet haben.

Ein Weiteres: In diesem Übereinkommen sind SPÖ und ÖVP großzügig, man möchte sparen.

Dr. Gugerbauer

Man möchte bei den großflächigen Plakaten sparen, und daher genehmigt man sich für die heiße Phase des Wahlkampfes, für die letzten sechs Wochen, bloß 15 000 großflächige Plakate pro Partei. (*Abg. Marizzi: Wie viele waren es bei Ihrem Volksbegehren?*) Da werden sich die Steuerzahler freuen, da werden sich die Umweltschützer freuen. (*Abg. Hesoun: Die haben sich so gefreut, daß Hunderttausende gekommen sind!*)

Bloß 15 000 Plakate pro Partei, das ist ja wirklich eine generöse Haltung! Ich bin überzeugt, daß sich die Umweltschützer und — vor allem davon bin ich überzeugt — die Steuerzahler eine derartige Haltung nicht bieten lassen werden, denn mit dieser Position und mit diesem Übereinkommen tragen Sie dazu bei, daß die Umwelt bei uns mit unnützen Plakatflächen weiter verschandelt wird (*Abg. Dr. Cap: Das ist doch Ihnen kein Anliegen!*) und daß Millionen an Steuergeldern verpulvert werden. Das ist alles andere als eine Wahlkampfkostenbeschränkung. (*Beifall bei der FPÖ. — Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP. — Abg. Hesoun: In der Ersten Republik hat der Krupp gezahlt! Wer zahlt jetzt?*) Herr Kollege Hesoun! Fragen Sie Ihren Busenfreund Sekanina, der kann Ihnen Auskunft geben, wer Ihre Wahlkampfbudgets dotiert! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Hohes Haus! Ein weiteres wichtiges Detailchen aus diesem Übereinkommen ... (*Abg. Hesoun: Die Rechnung von Haider's Rundflügen! Gib sie her!*) Ich weiß, daß Sie aufgeregt sind. Es geht um 100 Millionen Schilling, und Sie wollen sie haben. Aber Sie werden sich schon anhören müssen, warum wir dieses Gesetz als unverantwortlich bezeichnen. (*Abg. Dr. Cap: Sie haben zugestimmt im Budgetausschuß!*)

Dieses Wahlkampfkostenübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP nimmt Postwurfsendungen überhaupt nicht richtig ernst (*Abg. Hesoun: Geben Sie die Rechnung her!*), denn Postwurfsendungen — das wissen ja die Werbestrategen in der Sozialistischen Partei und in der Österreichischen Volkspartei — sind völlig bedeutungslos für die beiden Regierungsfractionen. Deswegen ist es gar nicht erst notwendig, daß man landesweite Postwurfsendungen auch in ein derartiges Wahlkampfübereinkommen hineinnimmt. (*Abg. Kraft: Wie viele Plakate haben Sie in Oberösterreich geklebt?*)

Sie haben darauf verzichtet, wie generös! Generös für die Wahlkampfplaner der beiden Regierungsfractionen, aber nicht generös für die Steuerzahler, denn die Steuerzahler müssen wiederum dafür aufkommen, daß Sie Millionen und Abermillionen in aufwendige Broschüren verpulvern, die dann wieder die Postfächer verstopfen. Auch insofern versagt dieses Übereinkommen und ist keine Grundlage, dieser Wahlkampfkostenrückstattung zuzustimmen. (*Beifall bei der FPÖ. —*

Abg. Kraft: Wie viele Gugerbauer-Plakate sind es in Oberösterreich?) Für den Kollegen sind es natürlich zu viele, aber man muß ja schauen, daß auch der eine oder andere Schwarze mitbekommt, wen man künftig wählen soll. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Kraft: Also doch Gugerbauer-Plakate!*)

Hohes Haus! Genau genommen war es ja eine beschämende Argumentation, derer sich die Vertreter der beiden Regierungsfractionen befleißigt haben. Ich bin nicht immer einer Meinung mit dem Abgeordneten Fux von den Grün-Alternativen, aber heute hätte man seinen alten Vorschlag schon aufgreifen dürfen. Fux ist nämlich dafür, daß zumindest zeitweise Übertragungen der Parlamentssitzungen auch im Fernsehen zu sehen sind. Und ich hätte mir das heute gewünscht. (*Abg. Dr. Cap: Ganz schön eitel!*)

Herr Kollege Cap, heute hätte ich gewünscht: Mehr Cap ins Fernsehen! Ihre Argumentation heute hätte ich mir in viele Hunderttausende Haushalte, vor allen Dingen sozialdemokratische Haushalte übertragen gewünscht (*Ruf: Erklären Sie den Kärntner Landeswahlkampf!*), damit die Menschen wissen, wie großzügig, wie unverantwortlich Sie mit den Steuergeldern auch der Arbeitnehmer umgehen. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Cap: Das ist total pharisäerhaft, was Sie da sagen!*)

Sie können die Parteienförderung durch diesen Griff in die Taschen der Steuerzahler ja ohne weiteres verdoppeln, aber ich darf Ihnen eines versichern, meine sehr geehrten Damen und Herren von den Regierungsfractionen: Die kommenden Nationalratswahlen werden Sie auch mit diesen zusätzlichen Millionen nicht entscheiden. (*Abg. Hesoun: Die Rechnung von den Haider-Rundflügen gib her!*) Die nächsten Nationalratswahlen, und die kommen ja schon 1990, werden durch eine Währung entschieden, über die Sie nicht verfügen, nämlich durch die Währung Glaubwürdigkeit. Die wird entscheidend sein. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Elmcker: Die neue Währung ist der „Bären-Taler“! — Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*) 22.23

Präsident: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Heinz Fischer.

22.23

Abgeordneter Dr. Fischer (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß zugeben, daß Kollege Dr. Taus mit der einen Bemerkung recht gehabt hat, daß es vielleicht mißverstanden werden könnte, daß wir die Debatte vom Freitag auf den Donnerstag vorverlegt haben, obwohl wir in der Präsidialkonferenz wirklich in bester Absicht und sogar einvernehmlich diese Entscheidung getroffen haben. Ich möchte jetzt nicht einen zweiten Fehler machen und mich lieber

15028

Nationalrat XVII. GP — 127. Sitzung — 14. Dezember 1989

Dr. Fischer

beim letzten Punkt nur auf wenige Sätze beschränken, als die Rede des Kollegen Gugerbauer jetzt unerwähnt im Raum stehen zu lassen.

Ich brauche gar nicht lange, Kollege Gugerbauer. (*Abg. Dr. G u g e r b a u e r: Wir haben am bisherigen Verlauf gesehen, daß Sie es sehr kurz machen!*) Aber erstens einmal: Wenn Sie von „dirty tricks“ sprechen, . . . (*Abg. Dr. G u g e r b a u e r: Der Hesoun soll es einmal übersetzen!*)

Herr Kollege Gugerbauer, ich habe immer noch einen Funken Illusion, daß Sie zu einem ernstesten Gespräch bereit sind. (*Abg. He i n z i n g e r: Irrtum!*) Tun Sie nicht alles, um das zu widerlegen! Herr Kollege Gugerbauer, wenn wir unter vier Augen über dieses Thema gesprochen haben — und ich bleibe bei meiner Gewohnheit, über Vieraugengespräche nicht öffentlich zu berichten —, so waren es doch wenigstens ernste Gespräche. Warum sind Sie denn nicht in der Lage, wenn Öffentlichkeit besteht und wenn wir uns hier im Plenum des Nationalrats unterhalten, das auch ernst zu besprechen? (*Abg. Helmut Stocker: Jetzt sind wir am Punkt!* — *Abg. Kraft: Das ist die blaue Ehrlichkeit!*)

Ich sage Ihnen, wir wollten die aktuellsten Nationalratswahlergebnisse und die Stärkeverhältnisse dieser Nationalratswahlergebnisse zugrunde legen. Und ich kann ja nicht der Wahlkampfkostenausgabenrechnung das Wahlresultat von 1990 zugrunde legen. (*Abg. Dr. D i l l e r s b e r g e r: Warum nicht?*) Das ist doch völlig unmöglich. Es ist also eine völlig legitime und normale Sache, daß wir sagen: Als Berechnungsgrundlage gelten die letzten Nationalratswahlen. (*Abg. Dkfm. Holger Bauer: Warum?*)

Kollege Gugerbauer, Sie haben zitiert und haben etwas getan, was eigentlich einer solchen Auseinandersetzung unwürdig ist, nämlich dort zu zitieren aufgehört, wo eine sehr entscheidende Bestimmung kommt, nämlich daß ein Mindestplafond von Ausgaben für jede Partei festgelegt wird. Wir haben da einmal 12 Millionen Schilling als Diskussionsgrundlage hineingeschrieben, das ist für die grüne Fraktion etwa das Doppelte des dem Prozentsatz bei der letzten Nationalratswahl entsprechenden Betrages.

Wenn es der entscheidende Punkt ist, daß Ihnen diese Summe zu niedrig ist, machen Sie einen anderen Vorschlag! Da brauche ich mit keinem meiner Kollegen und auch nicht mit der ÖVP zu reden, wir akzeptieren jeden Vorschlag, den Sie hier machen. Nur wollten wir eines nicht tun: daß wir Tür und Tor der Argumentation öffnen, wie hoch dieser Betrag ist, den wir Ihnen da zumuten, und daß daraus eine Polemik entstehen könnte.

Unser Vorschlag war: Den Kosten ist das zugrunde zu legen, was die Partei bei der letzten

Nationalratswahl an Ergebnissen bekommen hat, aber jedenfalls ein Mindestplafond von 12 Millionen Schilling. Da können Sie mit einem besseren Vorschlag kommen, wenn Sie einen haben, aber Sie können das nicht als „dirty trick“ bezeichnen. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.* — *Abg. Dr. G u g e r b a u e r: Sie waren ja nicht verhandlungsbereit! Sie wollten zuerst die Abstimmung, dann das Gespräch!*)

Jetzt komme ich gleich zum Thema Verhandlungsbereitschaft. Herr Kollege Gugerbauer! Sie haben diese Chronologie wirklich nicht fair und nicht vollständig zitiert, die Chronologie dieser Idee Wahlkampfkostenrefundierung nach Muster Bundesrepublik Deutschland, nach Muster Großbritannien, nach Muster anderer Demokratien. Gestern hat mir ein Besucher aus Budapest erzählt, daß sie im ungarischen Parlament demnächst einen Beschluß auf 100 Millionen Forint Wahlkampfkostenrefundierung fassen werden, weil sie das auf ihrem Weg zu einer voll funktionierenden politischen Demokratie für demokratisch notwendig halten. Eine ganz interessante Information, die wir da bekommen haben.

Wenn wir uns also ein solches System ernsthaft überlegen, dann weiß ich schon, wie problematisch das ist. Und ich habe ein bißchen gezögert, ob und zu welchem Zeitpunkt Kollege König oder ich oder wir beide zu den Oppositionsparteien gehen sollen. So naiv bin ich auch nicht, um nicht zu wissen, daß man sich dann da herstellen kann und solche Reden halten kann, wie Sie es jetzt getan haben. (*Zwischenruf des Abg. Dr. G u g e r b a u e r.*)

Ich habe gehofft, daß man auch anders reagieren kann auf ein solches Anliegen, und bin da wieder eines Besseren belehrt worden, aber jedenfalls am Anfang habe ich den Eindruck gehabt, da sind Politiker in der FPÖ und bei den Grünen, mit denen man bei allen politischen Differenzen, die wir haben, und bei all ihrem Bemühen, das ich ja kenne, meinen Freunden Lacina oder Vranitzky oder wem immer eines an der Ehre zu verpassen, wenigstens über manche Dinge vernünftig reden kann.

Die ersten Reaktionen waren auch durchaus vernünftig, und ich gebe zu, ich habe selbst gesagt: Ich habe nur dann ein wirklich gutes Gewissen vor der österreichischen Öffentlichkeit, wenn wir ein solches Gesetz mit einem ernstgemeinten Abkommen, mit einer ernstgemeinten Maßnahme zur Beschränkung der Wahlkampfkosten verbinden. (*Abg. Dr. G u g e r b a u e r: Korrekt!*) Auf dieser Basis, haben Sie gesagt, können Sie sich das vorstellen. (*Abg. Dr. G u g e r b a u e r: Korrekt!*)

Jetzt gehe ich noch einen Schritt weiter. Vielleicht haben wir nach der Beschlußfassung im Budgetausschuß zu lange gezögert, die Verhand-

Dr. Fischer

lungen über dieses Wahlkampfkostenabkommen in Schwung zu bringen (*Abg. Dr. Gugerbauer: Noch einmal korrekt!*), nur ich habe natürlich auch eines gemerkt — und so naiv war ich nicht, das nicht zu sehen —: Ab einem gewissen Zeitpunkt, als eine gewisse Zeitung mit einer gewissen Auflage in einer gewissen Weise über dieses Projekt informiert hat (*Abg. Helmuth Stokker: Es ist immer die gleiche!* — *Abg. Dr. Gugerbauer: Lassen Sie die „AZ“ aus dem Spiel!*), habe ich von Ihrer Seite und auch von der zweiten Oppositionspartei — und es tut mir leid, daß Kollege Wabl nicht mehr da ist — nur mehr Äußerungen in einer ganz bestimmten Richtung bemerkt.

Und ich habe noch etwas gemerkt: Etwa eine Woche bevor ich Ihnen dieses Übereinkommen zugeschickt habe, habe ich selbst ein Gespräch mit Ihrer Generalsekretärin, Frau Schmidt, geführt, und nach fünf Minuten dieses Gespräches habe ich gewußt, wie die Haltung der FPÖ ist — ich habe 15 Zeugen dafür, denn ich habe im Parteipräsidium der SPÖ darüber berichtet —, denn die Frau Schmidt hat folgendes gesagt: Wir sind . . . (*Abg. Dr. Gugerbauer: Das ist schon ein Zeuge für Sie, wenn Sie berichten? Jetzt wissen wir, wie Zeugeneinvernahmen zustande kommen!*) Ja warum sollen 15 Personen im Parteipräsidium nicht Zeugen dafür sein, was ich damals berichtet habe? (*Abg. Dr. Gugerbauer: Für das, was Sie berichtet haben, aber nicht für das, was Sie mit der Frau Schmidt besprochen haben!*) Unterstellen Sie mir, daß ich dort die Unwahrheit gesagt habe? (*Zahlreiche Rufe bei der SPÖ: Unerhört!* — *Abg. Dr. Schranz: Wie der Schelm denkt, . . .!*)

Sie können die Frau Schmidt selber fragen. Ihr Anliegen war: Wahlkampfkostenbeschränkung ja, aber selbstverständlich für jede der vier Parteien, egal, ob sie 5 oder 50 Mandate, ob sie 8 oder 80 Mandate hat, gleich hoch! (*Rufe: Aha! — Ironische Heiterkeit bei SPÖ und ÖVP.*)

Und da haben wir gesagt: Ja, liebe Frau Generalsekretärin, das ist doch ein Ansinnen, so, als ob ich in der Wirtschaft eine Werbebeschränkung mache und sage: Der Herr Segl, die Greißlerei in der Reichsratstraße, und die Firma Meinel dürfen nur die gleichen Werbebudgets verwenden, sonst gibt es keine Wettbewerbsgleichheit.

Das kann doch kein seriöser Vorschlag sein. Das gibt es auch in keiner europäischen Demokratie. Sie müssen doch Verständnis dafür haben, daß eine Partei, die über 80 Mandate und 2 Millionen Wählerstimmen verfügt, andere Verpflichtungen und andere Notwendigkeiten hat und daß man irgendwie auf die Größenordnungen Rücksicht nehmen muß.

Und da hat die Freiheitliche Partei deutlich zu erkennen gegeben: Ein Wahlkampfkostenbe-

schränkungsabkommen kommt für die FPÖ nur in Frage — ich kenne die Position der Grünen nicht —, wenn der Plafond für SPÖ, ÖVP, Freiheitliche und Grüne gleich hoch ist. Und ich bitte vielmals um Verständnis dafür, daß wir ab diesem Zeitpunkt den Eindruck gehabt haben: Das ist ein Vorschlag, der nicht darauf abzielt, dieses Wahlkampfkostenübereinkommen zustande zu bringen, sondern der darauf abzielt, es uns unmöglich zu machen, eine Lösung zu finden. (*Abg. Dr. Gugerbauer: Kollege Fischer! Wie hoch sollte dieser Plafond sein?*) Gleich hoch für jede Partei. Das war das Prinzip, das Frau Schmidt vertreten hat. Er muß gleich hoch für jede Partei sein. (*Abg. Dr. Gugerbauer: Wie hoch? Das kann 100 Millionen auch sein!*) Ja aber, Herr Kollege, dann brauchen wir doch kein Abkommen, wenn wir 100 Millionen für jede Partei festlegen. (*Beifall des Abg. Dr. Schwimmer.*)

Daher war es dann nur mehr zielführend — ich berichte das ganz genauso, wie es sich abgespielt hat —, daß sich wenigstens die beiden Regierungsparteien zusammensetzen und ein Abkommen machen. Und auch den Inhalt dieses Abkommens haben Sie nicht fair wiedergegeben, Herr Kollege Gugerbauer. Denn das Abkommen besteht aus zwei Artikeln, einem Artikel 1, wo wir eine Verbindung herstellen wollten — und ich glaube, daß das vernünftig wäre — zwischen der Höhe der Refundierung der Wahlkampfkosten und den Wahlkampfkostenbegrenzungen, und einem Artikel 2, wo wir uns ganz genau und detailliert zu verschiedenen Beschränkungen verpflichten.

Herr Kollege Gugerbauer! Das sind nicht sechs Wochen. Diese Bestimmungen treten spätestens ab 1. Juli in Kraft. Für eine Nationalratswahl im Oktober oder November sind das etwa vier Monate: Juli, August, September . . . (*Abg. Dr. Gugerbauer: Wo steht das?*) Wo das steht? (*Abg. Dkfm. Holger Bauer: Wann die Nationalratswahlen stattfinden!*) Herr Kollege Gugerbauer! Es steht — und ich hoffe, Sie haben das ganz gelesen und nicht nur die erste Seite — auf Seite 10 unter Punkt 4/3: „Dieses Übereinkommen tritt mit dem Tag der Kundmachung des Wahltermins, spätestens jedoch mit 1. Juli 1990 in Kraft. Bei einer Nationalratswahl im Jahre 1990 bei gesetzmäßig auslaufender Legislaturperiode und Wahl irgendwann im Oktober oder November ist die Aussage, die Sie hier gemacht haben, daß sich all diese Summen auf sechs Wochen beziehen, eklatant falsch. Diese Summen beziehen sich auf den Zeitraum vom 1. Juli bis zum Wahltag im Oktober oder entsprechend vorverlegt. (*Abg. Dr. Frischenschlager: Kollege Fischer! Sie führen nur einen zusätzlichen Absatz im Paragraph 2 Parteiengesetz ein!*) Das ist ein Abkommen, das über das Gesetz hinaus Gültigkeit hat. Und Abkommen, die wir für die Zeit vom 1. Juli bis zum

15030

Nationalrat XVII. GP — 127. Sitzung — 14. Dezember 1989

Dr. Fischer

Wahltag abschließen, gelten für die Zeit vom 1. Juli bis zum Wahltag. (*Abg. Dr. Frischenschlager: Herr Kollege Fischer! Genau das wäre ein Punkt, der so gut gewesen wäre, wenn wir ihn gesetzlich verankert hätten!*)

Meine Damen und Herren! Ich will schon zum Schluß kommen. Ich habe den Eindruck, daß sich alle vier Parteien hier im Nationalrat in Wirklichkeit dieses demokratiepolitischen Problems recht genau bewußt sind und daß Sie, meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, sehr ernsthaft überlegt haben, ob das nicht ein kluger, ein vernünftiger, ein auch vor den kritischen Augen der Öffentlichkeit zu rechtfertigender Schritt ist. Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie sich, aus welchen Überlegungen auch immer, im Gegensatz zu Ihrer Haltung im Kärntner Landtag entschlossen haben, das doch nicht zu tun.

Aber dann wäre es doch recht und billig, zu sagen: Wir haben es ernsthaft überlegt, wir kennen die Argumente, die dafür sprechen, wir sind aber Oppositionspartei, wir stimmen dagegen. Dann hätte ich Respekt vor Ihnen. Aber wenn Sie dann letztlich dagegen stimmen — obwohl Sie ernsthaftest überlegt haben, dem zuzustimmen, im Wissen, daß es ja gute Argumente dafür gibt — und plötzlich so tun, als ob das die mieseste Sache der Welt wäre, für die sich jeder anständige Demokrat genieren muß, dann ist das eine unfaire, eine Ihrer nicht würdige Haltung! Das muß in diesem Haus klar und deutlich gesagt werden. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) 22.36

Präsident: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Smolle. Ich erteile es ihm.

22.36

Abgeordneter Smolle (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte mich an sich nicht gemeldet, aber es hat mich etwas gestört. (*Abg. Dr. Schwiimmer: Wäre eh besser gewesen! — Weitere Zwischenrufe.*) Nun, wird es halt länger dauern, wenn ihr sinnlose Zwischenrufe macht. Mir ist es gleich. (*Ruf bei der ÖVP: „Gefährliche Drohung“!*)

Mich hat Ihre Äußerung, Herr Klubobmann Fischer, gestört, mit der Sie unseren Klubobmann in Zusammenhang mit der „Kronen-Zeitung“ gebracht haben, so, als ob er seine Meinung geändert hätte nach der „Kronen-Zeitung“. Ich möchte deshalb einige Dinge hier aufklären. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Dann warten wir halt.

Ich habe überhaupt kein Schuldgefühl, weil ich nämlich hier eine andere Haltung habe, als die Grün-Alternative Partei mehrheitlich beschlossen hat. Vielleicht ist es noch erlaubt, auch diese Meinung hier zu vertreten. (*Zwischenrufe bei SPÖ*

und ÖVP.) Warten wir halt, ist ja gleich. Ich habe Zeit. (*Abg. Schieder: Wir sind ja nicht in der Schule, daß wir alle still sein müssen!*) Dann seid halt nicht still, ich habe auch nichts dagegen. Aber ich habe gedacht, daß es Sie vielleicht interessiert, auch die Meinung desjenigen zu erfahren, der im Budgetausschuß zugestimmt hat. (*Abg. Schieder: Dann mußt du reden!*) Ja, bitte, das will ich hier erklären.

Meine Damen und Herren! Ich habe, als ich von den Anträgen erfahren habe, daß die Parteienfinanzierung und speziell auch die Finanzierung für die Bildungsanstalten der Parteien erhöht werden soll, gesagt, ich schaue mir die Anträge an. Ich habe das von meinem Klubobmann erfahren und danach gesagt, ich schaue mir die Sachen an. Und ich habe folgende Meinung vertreten, die ich mich auch hier klar zu vertreten nicht scheue.

Ich bin erstens der Auffassung — nicht nur deshalb, weil ich Finanzreferent des Klubs bin —, daß wir dringend Geld brauchen. Ich bin auch der Meinung, daß der Klub relativ gut wirtschaftet. Wir können noch das Auslangen finden mit dem, was wir bekommen. Ich sehe aber große Schwierigkeiten, seit es die Parteienkürzung gegeben hat, daß die Partei mit diesem Geld arbeiten kann, vor allem, weil sie in Erwartung einer etwas höheren Zuwendung relativ mutige Verträge gemacht hat. Man könnte sagen: Relativ ungeübte Leute haben relativ mutige Verträge gemacht. (*Abg. Dr. Schwiimmer: Das ist ehrlich!*)

Ich bekenne mich dazu, daß man Fehler machen kann, aber man muß diese dann auch sanieren können. Und ich bin der Auffassung, daß Parteien dringend notwendig sind, daß sie finanziert werden müssen und daß man wohl auch feststellen kann, was man in etwa braucht. Deshalb bin ich zum Beispiel der Auffassung, daß der Klub als solcher, der Grüne Klub — ich weiß nicht, wie das bei Ihnen ist —, über genügend Geld verfügt, vielleicht, weil wir etwas präziser wirtschaften. (*Abg. Schieder: Wir haben relativ weniger!*) Laßt mich bitte ausreden, sonst dauert es nur noch länger!

Ich war nämlich der Auffassung, daß es zwischen den Parteien zu einem Abkommen kommen wird, das einige ganz wichtige Bereiche beinhalten soll. Und darüber habe ich mit meinem Klubobmann gesprochen, und ich stehe auch dazu, nämlich daß wir unbedingt, wenn wir hier zustimmen, eine Offenlegung der Parteifinanzen erreichen müssen, sodaß letztlich jeder Bürger nachsehen kann — nicht nur in Wahlkampfzeiten, sondern immer —, was die Partei wofür aufgewendet hat.

Zweiter Punkt: Wir sind der Auffassung, daß die Politikergehälter und auch der Vermögens-

Smolle

stand der Politiker offengelegt werden müssen. (*Abg. Dr. Schwiemer: Sind doch offengelegt im Bundesgesetz!*) Ich meine nicht nur die Gehälter, die jemand aufgrund seiner Funktion bezieht, sondern sein Einkommen, das er in der Zeit, während er im Parlament ist oder eine andere öffentliche Funktion ausübt, hat. Das ist ganz klar. (*Abg. Dr. Blenk: Auch das private Einkommen?*) Auch das private Einkommen. (*Abg. Dr. Blenk: Auch wenn er Unternehmer ist?*) Auch wenn er Unternehmer ist, jawohl.

Weiters bin ich der Meinung, daß es nicht vernünftig ist, daß Abgeordnete . . . (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schwiemer.*) Ja, ich habe es offengelegt, mitsamt meinem Büro. Ich habe meinen Steuerbescheid offengelegt. Kein Problem! (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Die Belege sind nachzuvollziehen, weil sie ja vorhanden sind, mein lieber Freund.

Außerdem war ich und bin ich der Auffassung, daß es dringend notwendig wäre, auch einen bestimmten Betrag für Bürgerinitiativen auszuloten, damit wir die Institution des Petitionsausschusses besser ausstatten können.

Weiters bin ich der Meinung, daß es nicht sinnvoll ist, daß Abgeordnete an ihre Parteien Beträge bezahlen. Und hier war unser Vorschlag, daß die Abgeordnetengehälter um diese Beträge gekürzt werden sollen und daß diese Beträge sozusagen . . . (*Abg. Fister: Ich gebe das freiwillig, das geht dich gar nichts an!*) Ja, in Ordnung. Trotzdem finde ich es nicht richtig und nicht vernünftig. Du kannst natürlich spenden, was du willst, aber das ist faktisch wie eine Parteisteuer.

All diese Dinge, meine Damen und Herren, hätten wir transparent und offen gestalten können. Aber das haben wir eben nicht gemacht. Dieses Paket wurde nicht geschnürt. Und als ich gesehen habe, daß das, was Klubobmann Fischer versprochen hat, nicht geschieht, habe ich gesagt: Unter diesen Umständen gehen wir den Weg nicht mehr mit! Das ist ganz klar. Wir wollten umfangreiche Transparenz hineinbringen, umfassende Transparenz in Politikereinkommen und auch in Einkommen von Parteien, denn wir haben hier nichts zu verbergen, so hoffe ich, meine Damen und Herren. Das wäre der mutige neue Schritt gewesen.

Ich bekenne mich dazu — ich sage das noch einmal ganz klar —, daß Parteien Finanzen brauchen. Aber dann hat der Bürger, vor allem wenn er überwiegend da „hineinsteuert“, auch Anspruch darauf, zu sehen, wie und wofür das Geld verwendet wird. Das sind ganz einfache Formeln.

Weil Sie diesen begonnenen geraden Weg verlassen haben, der dann eben krumm geworden ist, haben wir Grünen gesagt: Hier gehen wir nicht

mehr mit! Und ich kann ganz klar sagen: Die „Kronen-Zeitung“ ist mir in diesem Zusammenhang persönlich völlig gleichgültig. (*Beifall bei den Grünen.* — *Abg. Dr. Schwiemer: Werdet ihr einen Antrag auf Parteienfinanzierung stellen oder nicht?* — *Abg. Smolle: Ich bin nicht die Partei!*) 22.43

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Antrag, den Gegenstand an den Verfassungsausschuß rückzuverweisen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, um ein entsprechendes Zeichen. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entwurf samt Titel und Eingang in 1165 der Beilagen.

Hiezu liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Cap, Dr. Taus und Genossen vor, der sich auf Artikel I Z. 1 § 2a Abs. 1 bezieht.

Ich lasse daher zunächst über Artikel I Z. 1 § 2a Abs. 1 des Gesetzentwurfes in der Fassung des Abänderungsantrages der Abgeordneten Dr. Cap, Dr. Taus und Genossen abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die sich dafür aussprechen, um ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Ich bringe sogleich die restlichen, noch nicht abgestimmten Teile des Gesetzentwurfes samt Titel und Eingang in der Fassung des Ausschlußberichtes zur Abstimmung und ersuche jene Damen und Herren, die dafür sind, um ein bejahendes Zeichen. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen, um ein Zeichen. — Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung mit Mehrheit angenommen.

2. Punkt: Erste Lesung des Antrages 289/A der Abgeordneten Smolle und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 685/1988, geändert wird

3. Punkt: Erste Lesung des Antrages 290/A der Abgeordneten Smolle und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 27. November 1970 über die Wahl des National-

15032

Nationalrat XVII. GP — 127. Sitzung — 14. Dezember 1989

Präsident

rates (Nationalrats-Wahlordnung 1971), BGBl. Nr. 391/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 19/1988, geändert wird

Präsident: Wir gelangen nunmehr zu den Punkten 2 und 3 der Tagesordnung: Es sind dies die ersten Lesungen der Anträge

289/A der Abgeordneten Smolle und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert wird, sowie

290/A der Abgeordneten Smolle und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung geändert wird.

Wir gehen in die Debatte ein.

Das Wort erhält zunächst Herr Abgeordneter Smolle. Ich erteile es ihm.

22.45

Abgeordneter **Smolle** (Grüne): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir Grüne haben einen mutigen Schritt gewagt und einen Vorschlag zur Änderung der Nationalrats-Wahlordnung zu erarbeiten versucht. Erlauben Sie mir, ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu dieser Problematik vorzutragen.

Ich stelle an den Anfang meiner Ausführungen die Betrachtungen über die repräsentative Demokratie von John Stuart Mill — ich zitiere —:

„Das Parlament ist gleichzeitig Beschwerdeauschuß der Nation und Kongreß der Volksmeinung, ein Forum, auf dem nicht nur die vorherrschende Meinung des Volkes, sondern auch einzelner Gruppierungen und, soweit als möglich, die Meinung jener bedeutenden Persönlichkeiten aus seiner Mitte auftreten und die Diskussion herausfordern kann, wo jeder darauf rechnen darf, einen Vertreter seiner Ansicht zu finden, der das, was er selbst denkt, ebensogut und noch besser als er ausspricht, und zwar nicht ausschließlich vor Freunden und Parteigenossen, sondern angesichts von Gegnern, gegen deren Angriffe sich seine Meinung behaupten muß.“

Ich habe dieses Zitat an den Anfang gestellt, weil es einfach bedeuten soll, daß wir uns ganz klar zu dieser parlamentarischen Demokratie, zu dieser repräsentativen Demokratie bekennen und eben auch zu den Parteien, die Wesentliches in diesem Zusammenhang zu leisten haben.

Wenn wir uns die Wahlrechtsentwicklung seit 1945 ansehen, so können wir feststellen, daß es bisher immer Reformen zum Besseren waren, und das macht uns eigentlich auch mutig, in dieser Sache aktiv zu werden. Es wurden zum Beispiel Vorzugsstimmensysteme eingeführt, der Amtliche Stimmzettel etwa im Jahre 1957, das Reihen und Streichen von Kandidaten, das Her-

absetzen des Wahlalters, eine Erweiterung der Wahlberechtigten und — man kann das ohne weiteres auch sagen — vor allem in den späten siebziger Jahren eine immer stärker werdende Proportionalisierung des Wahlrechtes.

Diese eigentlich gute Tradition des österreichischen Wahlrechtes konnten wir fortsetzen, meine Damen und Herren. Hier konnten wir mit unserem Antrag ansetzen. Es ist bedauerlich, daß, obwohl wir uns in kleinen Gruppen sehr bemüht haben, uns gemeinsam mit den anderen Parteien intensiv mit der Frage der Wahlrechtsreform zu befassen — wir haben auch versucht, einiges bereits im gewissen Sinn abzusprechen, aufeinander abzustimmen —, die Großparteien, wie es scheint, doch nicht den Mut haben, den großen Wurf einer ganz wichtigen Reform hier anzugehen, nämlich der Wahlrechtsreform.

Wenn auch die Geschichte nur durch ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes veranlaßt wurde — „nur“ bezieht sich hier auf den relativ schmalen Bereich, zu dem uns das Verfassungsgericht aufgefordert hat —, so war sie doch Anlaß genug für eine Diskussion, die leider in letzter Zeit wieder, man kann sagen, ruhig entschlafen ist. Es sind eben einfach, meine Damen und Herren, Macht- und partikuläre Interessen immer stärker in den Vordergrund gerückt, und man hat gesagt: Bevor wir alles wieder aufrühren, bevor wir uns quasi wieder vor allem nur Feinde schaffen, ist es besser, wir lassen die Materie, so wie sie ist, und wir machen so weiter.

Aber ich glaube, es sollte uns der Mut da wirklich nicht verlassen. Es gibt ganz wichtige Personen, die sich diesbezüglich verdient gemacht haben. Ich nenne zum Beispiel von der ÖVP Kohlmaier und Neisser und in der Folge dann vor allem Kollegen Bruckmann, der sich selbst sehr intensiv und auch mit uns und mit seinen Parteikollegen bemüht hat, da eine Veränderung zu bewirken. Ich hoffe — soweit ich erfahren habe, gibt es bei der ÖVP nun neue Verantwortliche in diesem Bereich —, daß es hier doch zu einer weiteren Zusammenarbeit kommt.

Ich muß hier auch die Frau Präsidentin — nein, sie ist nicht da — loben, die vor einigen Tagen gesagt hat, man müßte das Parlament stärken. (*Unruhe im Saal.*) Ich weiß, aber es ist erste Lesung. Hoch lebe die Präsidiale, die solche Materien für diese Zeit ansetzt! Unter Präsidiale in diesem Zusammenhang meine ich auch meinen Klubobmann, damit man mich recht versteht.

Ich möchte kurz die Hauptschwerpunkte des grünen Antrags erläutern. Erstens kommt es . . . (*Zwischenruf des Abg. Haigermoser.*) Höre ihn dir an, lies ihn dir durch, dann kannst du ihn kritisieren, aber nicht mit so sinnlosen Zwischen-

Smolle

bemerkungen. Wenn dir fad ist, dann gehe in die Cafeteria!

Erstens: Ausweitung des Kreises der Wahlberechtigten, Senkung des aktiven und passiven Wahlalters. Wir glauben, man sollte eine stärkere Mitwirkungsmöglichkeit für den jungen Menschen schaffen: aktives Wahlalter 16 Jahre, passives Wahlalter 19 Jahre.

Wahlrecht auch für Strafgefangene: Ich glaube, das wäre auch sehr wichtig, denn es ist nicht einzusehen, warum man Strafgefangene von diesem Bürgerrecht ausschließen soll. Es gibt dafür keine ernst zu nehmende Begründung.

Wichtig wäre auch die Einbeziehung von durch das Sachwaltergesetz betroffenen Personen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf einen Fehler hinweisen, der uns unterlaufen ist: § 24 unseres Antrages wäre zu streichen.

Wichtig wäre es, eine möglichst vollständige und vollkommene Proportionalisierung des Wahlrechtes zu erreichen. Das bedeutet — und das ist eine sehr zentrale Angelegenheit —: keine Sperrklauseln, keine Prozenzhürden, keine Grundmandatshürden, die Einführung des Niemeyerschen Systems, wie es auch in der BRD gehandhabt wird — in diesem Zusammenhang sage ich, daß das auch eine Idee war, die vor allem Kollege Bruckmann sehr intensiv vorgetragen hat —, und Abschaffung des d'Hondtschen Prinzips.

Wir glauben, daß nur relevante Gruppen ins Parlament kommen sollen. Das definieren wir sehr einfach damit, daß eben eine Gruppe oder eine Person auf sich die Anzahl von Stimmen eines Mandates vereinigen kann.

Wichtig ist auch die sich daraus ergebende Auflösung der Wahlkreisverbände. Wir haben eben dann nur mehr einen Wahlkreisverband, und es gibt dann über Niemeyer einen bundesweiten Ausgleich.

Weiters meinen wir, daß in den großen Wahlkreisen Wahlbezirke eingerichtet werden sollen, und in diesen Wahlbezirken sollte es vor allem möglich sein, das Persönlichkeitswahlrecht intensiver auszuüben. Auch hier könnte man Rücksicht nehmen auf bestimmte Regionalismen, vor allem zum Beispiel in Niederösterreich, aber auch in Wien.

Es wäre einfach die Möglichkeit gegeben für den Wähler, zwischen Partei und Kandidat zu wählen, man kann fast sagen, gegeneinander zu wählen. Auch das wäre sehr vernünftig. Wenn wir uns zum Beispiel die Direktstimmen ansehen, so gäbe es da ein sehr interessantes Ergebnis. Wenn wir dieses System auf die Nationalratswahl 1986 umlegen, dann hätten wir drei wichtige Personen hier, nämlich den früheren Chef der FPÖ, Steger,

Herr Pöder wäre direkt gewählt worden und auch Frau Hubinek. So sieht das aus. Aber die andere Stimme könnte auch der Partei gegeben werden, und zwar auch einer anderen Partei. Dazu käme noch die Möglichkeit der Vorzugsstimme.

Diese Möglichkeit der Wahl von Direktkandidaten steht natürlich dem Wähler offen. Das heißt, er kann direkt wählen, wen er will, wem er glaubt diese Stimme geben zu müssen. Wenn der Wähler diese Idee des Direktkandidaten voll aufnehmen würde gemäß unserem System, dann hätten wir zum Beispiel 133 direkt gewählte Kandidaten hier im Hause, und das wäre eine beträchtliche Anzahl; das wären etwa zwei Drittel. Wenn wir das Konzept der Großparteien zugrunde legen würden, wären nur etwa 100 Kandidaten hier als Direktkandidaten anzusehen. Das ist natürlich nur eine Möglichkeit, es kommt darauf an, ob der Wähler davon Gebrauch macht. Da sieht man, daß unsere Idee, unser Konzept doch etwas demokratischer ist und vielleicht auch dem Bürger mehr Stimmen eröffnet.

Zu den Vorzugsstimmen ist zu sagen, daß wir da das Stimmenerfordernis gesenkt haben, und zwar von der Wahlzahl pro Wahlkreis auf 15 Prozent der Wahlzahl. Damit sind wir dem Vorschlag der Österreichischen Volkspartei sehr nahe, vor allem den Forderungen der Bundesländer Oberösterreich, Tirol und Salzburg. (*Abg. Dr. Kohl: Vorarlberg!*) Vorarlberg habe ich hier nicht; ich habe mir nur diese drei Bundesländer aufgeschrieben. Danke für den Zwischenruf! Also auch Vorarlberg.

Oder die andere Möglichkeit: 3 Prozent der Parteistimmen pro Wahlkreis. Ich glaube, auch das wäre sehr vernünftig, denn der Bürger könnte hier wieder eingreifen und sozusagen seine Präferenz einfach durch Reihung zum Ausdruck bringen.

Eine sehr wichtige Institution scheint uns die Listenkoppelung zu sein. Interessant ist, daß die Listenkoppelung nur bedingt etwas Neues ist. (*Abg. Dr. Dillersberger: In Tirol haben wir das schon lange!*) In der Zweiten Republik ist sie etwas Neues, aber soweit ich und meine Mitarbeiter das herausbekommen konnten, gab es diese Möglichkeit der Listenkoppelung im Bereich der Nationalratswahl in der Ersten Republik. Interessanterweise wurde damals ein Kandidat einer jüdischen Liste gewählt. Aber bei der nächsten Nationalratswahl hat man das natürlich dann schon gestrichen. Ich weiß nicht, ob das in irgendeinem Zusammenhang mit dem Kandidaten war. Heute noch, wie gesagt, gibt es dieses Instrument in Tirol und vor allem interessanterweise in der Schweiz und in Schweden.

Zu bedauern ist, daß die Wahlrechtsreformkommission im heurigen Jahr nicht mehr einbe-

15034

Nationalrat XVII. GP — 127. Sitzung — 14. Dezember 1989

Smolle

rufen wurde. Das war immer so quasi ein Ankündigen, Einigen, Ankündigen, Zerstreiten, Wiederankündigen, und es hat eigentlich keine sinnvolle Diskussion in diesem Zusammenhang gegeben. Ich erwähne Äußerungen von Gugerbauer und Frischenschlager, die einige Male — ich habe einige Unterlagen dazu — von einer Durchlässigkeit des Wahlsystems, von Proportionalität gesprochen haben. Gugerbauer hat sich sehr verdient gemacht durch Äußerungen im Jahre 1984/85 im Rahmen der Debatte über einen ÖVP-Antrag zur Wahlordnung, indem er gesagt hat: Es müßte dringend vorgesorgt werden, daß neue Gruppen ins Parlament kommen, wenn sie eine bestimmte Relevanz haben. — Wie ich sehe, war er in dem Sinne ein kleiner Prophet, denn bei den nächsten Wahlen sind wir Grüne dann tatsächlich in das Haus eingezogen.

Ich möchte auch klar feststellen: Gerade wenn man sich die demokratiepolitischen Ziele der ÖVP ansieht, so sind wir hier in vielen Bereichen ident oder sehr nahe beieinander. Vor allem die Artikel und Äußerungen von Kollegen Neisser und von Kollegen Bruckmann waren da sehr hilfreich und auch für uns sehr interessant. Ich möchte sagen, es war für uns gut und angenehm und schön, zu sehen, daß es vielleicht doch zu einer Demokratiediskussion im Zusammenhang mit dem Wahlrecht kommt.

Aber ich muß natürlich etwas dazu sagen: Man hat doch den Eindruck, wenn dann die Parteien beginnen, mit der Arithmetik zu arbeiten, vergift man sehr schnell die Demokratie. Und sobald man dann noch ein paar sinkende Prozentzahlen bei irgendeiner Umfrage sieht, sagt man: Bitte lassen wir den ganzen Krempel Demokratie bleiben, hoffen wir, daß wir die Stärke behalten, die wir haben! Es ist eben traurig, daß das oft von tagespolitischen Dingen oder Entwicklungen abhängt und daß es eben dann nicht zum großen Wurf kommt.

Bei der SPÖ ist das auch sehr interessant. Wenn man die ganze Tradition durchsieht, so war die SPÖ ja nie sehr begeistert von einer Personenwahl. Das können Sie an der ganzen Geschichte sehen. Ich erinnere hier natürlich auch insgesamt an die Haltung in der SPÖ, wo man sehr häufig bestimmte Äußerungen in die Richtung hört und sie auch öffentlich wahrnimmt. Ich hoffe, sie sind authentisch. Ich zitiere nach einer Zeitung: Ohne Partei bin ich nichts. — Diese Haltung zeigt sich interessanterweise auch im Zusammenhang mit der Frage der Personenwahl. Das zieht sich von Herrn Geyerhahn über Herrn Friedrich Adler und bis zu Herrn Fischer, der heute hier im Parlament sitzt. Also man hat keine große Freude mit Personenwahlen.

Dennoch muß man der SPÖ zubilligen, daß sie sehr mutig all die Jahre gekämpft hat um eine

Proportionalisierung. Das ist schon seit dem Ersten Weltkrieg so, vor allem aber jetzt in der Zweiten Republik.

Schauen wir uns das ein bißchen an: Zum Beispiel hat im Jahre 1953 die SPÖ 42,1 Prozent und 73 Mandate erhalten, die ÖVP 41,3 Prozent und 74 Mandate. Oder, damit Sie die Disproportionalität ein bißchen sehen: Im Jahre 1959 erhielt die SPÖ 44,8 Prozent der Stimmen und 78 Mandate, die ÖVP 44,2 Prozent und 79 Mandate. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Machen Sie es bitte recht ausführlich, damit wir es genau wissen!*)

Und gerade in diesem Zusammenhang — Frau Präsidentin, ich habe Sie schon gelobt, weil Sie für die Stärkung des Parlaments eingetreten sind (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Aber nicht um 11 Uhr nachts!*), aber Sie haben dieses Lob nicht gehört — wäre auch im Jahre 1966 die Bundeskanzler-Frage zu stellen gewesen, meine Damen und Herren! 1966 wäre zum Beispiel auch Olah in dieses Haus eingezogen.

Ich bin schon auf der letzten Seite meines Manuskripts. Meine Damen und Herren! Ich möchte vielleicht doch in ein paar Punkten zusammenfassen: Ich glaube, es ist wichtig, daß das Parlament offenbleibt für neue Gruppierungen. Wir sollten nicht die vier bestehenden Parteien einfach zementieren, sondern es ist ganz wichtig, offen zu sein für Gruppierungen. Und das, glaube ich, könnte man ganz einfach damit erreichen, indem man als Basis, als einzige Hürde, wenn Sie so wollen, letztlich die Erreichung eines Mandates festlegen würde.

Wichtig wäre ein stärkerer demokratischer Wettbewerb zwischen den einzelnen Kandidaten. Bei der ÖVP heißt es so oft: deregulieren. Hier wäre es sehr vernünftig, vieles zu deregulieren, damit nicht durch das System Verzerrungen in bezug auf die Proportionalität eintreten.

Ganz wichtig wäre es — und ich unterstreiche das einige Male —, den Parteien und Parteisekretären, auch den Bundesgeschäftsführern den Zugriff auf Mandate unmöglich zu machen (*Abg. Dr. Kohl: Meinst du den Voggenhuber? Das Leiden an Voggenhuber!*) — allen, ich bin ja ein objektiver Mensch —, zumindest aber sehr zu erschweren. Letztlich soll der Wähler entscheiden. (*Präsident Dr. Marga Hubinek übernimmt den Vorsitz.*)

Ein ganz wichtiger Punkt: Die Jugend entscheidet mit, wenn unser Antrag angenommen wird, weil wir das Wahlalter wesentlich niedriger halten. Vielleicht ist das auch ein Zeichen, eine Reaktion von seiten der Grün-Alternativen, weil wir gerade in den letzten Tagen erfahren haben, daß 33 Prozent der jungen Menschen, nicht nur der Jungwähler, sondern auch der Jüngeren, die Grü-

Smolle

nen unterstützen. (*Abg. Elm e c k e r: Eine Telefonumfrage, Herr Kollege Smolle!*)

Meine Damen und Herren! Das müßte doch ein bißchen besorgt und vielleicht auch ein bißchen mutig machen, mit uns, mit den Grünen eine vernünftige neue Ordnung in die Nationalratswahl hineinzubringen. Wir haben das vorgelegt — ich glaube, für eine kleine Fraktion eine beachtliche Leistung, und ich stehe nicht an, mich in diesem Zusammenhang vor allem bei unseren Mitarbeitern zu bedanken, die hier wirklich ein, wie ich glaube, ganz wichtiges Werk geschaffen haben — zum Nachdenken, aber vielleicht auch zum Unterstützen. Wir werden das ja im Ausschuß sehen. — Danke schön. (*Beifall bei den Grünen.*) 23.04

Präsident Dr. Marga **Hubinek**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Khol.

23.04

Abgeordneter Dr. **Khol** (ÖVP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte gleich an Kollegen Smolle anschließen: Ich bin sehr positiv beeindruckt von der Qualität der Ausarbeitung der „grünen“ Vorschläge, die ich als wertvollen Beitrag zur Diskussion betrachte. In vielen Punkten zeigen sie wirklich, daß hier mit Vorbedacht und mit Überlegung der Ball der Diskussion aufgenommen wurde.

Ich möchte dem Herrn Kollegen Smolle sagen, daß wir diese Vorschläge sicherlich in aller Seriosität prüfen werden; sie sind ein Beitrag zur Diskussion. Und das sage ich nicht nur deswegen, weil sie wirklich — so wie Herr Smolle gesagt hat — einige jener Grundsätze herausstellen, die auch wir in unseren demokratiepolitischen Äußerungen betonen und die auch in diesem Hohen Haus eigentlich unbestritten sind.

Es sind dies folgende Grundsätze: Man sollte vom starren Listensystem zu einem Persönlichkeitswahlrecht kommen; ich glaube, daß hier die auch vom Herrn Kollegen Smolle angeschnittenen Vorzugsstimmenlösungen sehr beherzigenswert und sicherlich die Zukunft sein werden. Ferner gehört dazu auch das Prinzip, daß mehr Wahlkreise die Bindung zwischen dem Wähler und dem Gewählten verstärken sollen; weiters die Wahlgerechtigkeit, also die strikte Verhältnismäßigkeit, sodaß das Lotteriespiel von billigen Restmandaten, einmal für den Gigl und einmal für den Gogl, ein Ende hat.

Ein weiterer Punkt, zu dem Herr Smolle wenig gesagt hat, der aber in unserer Diskussion im Augenblick im Vordergrund steht, ist das Briefwahlrecht der Auslandsösterreicher. Nicht nur deswegen, weil der Verfassungsgerichtshof ein Machtwort gesprochen hat, sondern weil es unsere Programmik seit vielen Jahren ist, möchte ich dazu

auch einige Worte an die Adresse unseres Regierungspartners sagen.

Ich anerkenne, daß die starren „Fronten“ etwas in Bewegung geraten sind. Wir werden uns allerdings mit einer Lösung, daß eine schriftliche Stimmabgabe im Ausland dann möglich ist, wenn sie notariell beglaubigt ist, weder jetzt noch in Zukunft befreunden können. Das ist eine nicht-praktikable Lösung. Die Problemliste, die wir hier von unseren ausländischen Vertretungsbehörden bekommen haben, ist derart umfangreich und weist eine ganze Reihe nahezu unlösbarer Fragen auf: daß eine solche Stimmabgabe in manchen Ländern rechtlich nicht möglich ist, daß es große Schwierigkeiten gibt mit den Fragen der Beglaubigung, daß das auch eine Geldfrage ist. In manchen Ländern ist die notarielle Beglaubigung außerordentlich kostspielig, und ich glaube, man sollte das Wahlrecht nicht wieder davon abhängig machen, ob es sich jemand finanziell leisten kann zu wählen.

Das schwierigste Problem wird aber wohl die Frage der Übersetzung der Beglaubigung sein. Ich kann mir jetzt schon sehr gut vorstellen, welche Schwierigkeiten bei der Wahlsprengelbehörde in Hintertux auftreten werden, wenn sie von einem Auslandsösterreicher einen Stimmzettel bekommt, der in japanischer Sprache beglaubigt ist, wie sie feststellen wird, ob diese Beglaubigung richtig ist. Es gibt also eine ganze Reihe von sachlichen Einwänden, und ich hoffe, daß man hier nicht eine Lösung vertritt, die von manchem als Schikane gesehen wird.

Ich verstehe auch manche Herren unseres Regierungspartners nicht: Dieser Widerstand gegen das Briefwahlrecht ist irgendwo ein eingefrorener Posthornton, irgendwie eingeleert, eine Tradition, denn in -zig Ländern großer demokratischer Tradition ist dieses Briefwahlrecht seit Jahren Praxis. Es entspricht auch unseren demokratischen Grundsätzen, Unzukömmlichkeiten gibt es nicht. Also ich hoffe, daß hier Klarheit geschaffen ist: Wir sehen diese notarielle Beglaubigung nicht als einen geeigneten Weg an.

Meine Damen und Herren! Ich bedaure es, daß wir zu vorgeschrittener Stunde nicht länger über die wichtigen Probleme der Wahlrechtsreform diskutieren können, aber ich nehme an, daß wir das dann im Ausschuß tun werden, wir haben noch Zeit.

Ich möchte noch einmal betonen, daß dieser Vorschlag, den wir von grüner Seite bekommen haben, sicherlich beherzigenswert und ein Beitrag zu einer sachlichen Diskussion ist. (*Beifall bei der ÖVP.*) 23.08

Präsident Dr. Marga **Hubinek**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

15036

Nationalrat XVII. GP — 127. Sitzung — 14. Dezember 1989

Präsident Dr. Marga Hubinek

Die Debatte ist geschlossen.

Ich weise die Anträge 289/A und 290/A dem Verfassungsausschuß z u.

Die Tagesordnung ist erschöpft; bitte bleiben Sie aber noch.

Verlesung eines Teiles des Amtlichen Protokolls

Präsident Dr. Marga Hubinek: Es liegt mir das schriftliche Verlangen von 20 Abgeordneten vor, die vorgesehene Fassung des Amtlichen Protokolls zu Punkt 1 der heutigen Sitzung nach dessen Erledigung zu verlesen, damit dieser Teil mit Schluß der Sitzung als genehmigt gilt. Dadurch soll die umgehende Ausfertigung des vom Nationalrat ausgehenden entsprechenden Beschlusses, welche gemäß § 83 der Geschäftsordnung aufgrund des Amtlichen Protokolls erfolgt, ermöglicht werden.

Ich werde daher so vorgehen und verlese nunmehr den entsprechenden Teil des Amtlichen Protokolls. Ich werde mich dabei größter Eile befleißigen:

Tagesordnungspunkt 1: Die Abgeordneten Dr. Frischenschlager und Genossen bringen den Rückverweisungsantrag (Beilage I/1) ein.

Die Abgeordneten Dr. Cap, Dr. Taus und Genossen bringen den Abänderungsantrag (Beilage I/2) ein.

Der Gesetzentwurf wird gemäß dem Ausschußantrag in 1165 der Beilagen in der Fassung des Abänderungsantrages (Beilage I/2) in zweiter und dritter Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Rückverweisungsantrag (Beilage I/1) wird abgelehnt.

Erheben sich Einwendungen gegen die Fassung oder den Inhalt des verlesenen Teiles dieses Amtlichen Protokolls? — Dies ist nicht der Fall.

Der verlesene Teil des Amtlichen Protokolls gilt daher gemäß § 51 Abs. 6 der Geschäftsordnung mit Schluß dieser Sitzung als genehmigt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für morgen, Freitag, den 15. Dezember 1989, 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein: Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1100 und Zu 1100 der Beilagen); Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1990 samt Anlagen (1150 der Beilagen).

Zur Beratung kommen:

Beratungsgruppe X: Öffentliche Wirtschaft und Verkehr und

Beratungsgruppe XI: Finanzen sowie

Bundesfinanzgesetz, Stellenplan, Fahrzeugplan und Plan für Datenverarbeitungsanlagen.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 23 Uhr 12 Minuten